



SCHWERPUNKTTHEMA

Transhumanismus

Chancen und Risiken einer Idee

Inhalt

| | |
|---------------------------------------|----|
| Editorial | |
| Gunnar Schedel | |
| Über Menschen | 1 |
| Netzreport | 46 |
| Neulich... | |
| ... am Ursprung der Fake News | 48 |
| Internationale Rundschau | 49 |
| Impressum | 65 |

Titelthema:

Transhumanismus

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Bernd Vowinkel | |
| Transhumanismus | 3 |
| Franz Josef Wetz | |
| Transhumanismus und Selbstachtung | 11 |
| „Wo bleiben Autonomie, Freiwilligkeit und Authentizität des Menschen bei einem solchen Menschenbild?“ | |
| Gespräch mit Viola Schubert-Lehnhardt über Human Enhancement | 17 |
| Jürgen Beetz | |
| Transhumanismus und Künstliche Intelligenz | 22 |

Staat und Kirche

| | |
|-----------------------------------------------------------|----|
| Vera Muth / Gunnar Schedel | |
| Nur eingeschränkt fortschrittlich | |
| Der Koalitionsvertrag verspricht nicht allzuviel | 29 |

Serie: Aufklärung

| | |
|-----------------------------------------------------|----|
| Axel Rüdiger | |
| Christian Wolff und der Atheismus in China | 33 |

Prisma

| | |
|----------------------------------------------------------------------|----|
| Thomas Waschke | |
| Was kann die Erweiterte Evolutionäre Synthese leisten? | |
| Teil 4: Ein Standard wird kritisiert ... | 39 |
| Rebecca Schönenbach | |
| Solidarität mit afghanischen Mädchen und Frauen | |
| Für das Recht auf Leben, Sicherheit, Gesundheit und Bildung | 43 |

Über Menschen

Wer eine Sprache lernt, einen Sport betreibt oder ein Instrument spielt, kennt das Gefühl: Besser zu werden gehört für die meisten Menschen zu den Grundbedürfnissen. Und wenn das Talent trotz allen Übens nicht weiter führt als zu Etüden, Kreismeisterschaft und Smalltalk, entsteht bei vielen der Wunsch, die Unzulänglichkeit des menschlichen Körpers und Geistes zu überwinden.

Zahlreiche solcher Defizite hat die Menschheit in den vergangenen Jahrhunderten behoben, immer im Rahmen der damaligen technologischen Möglichkeiten: Das Fernglas ließ uns in die Ferne blicken, der Heißluftballon erfüllte den Traum vom Fliegen, Penicillin bündelte die Schwächen unseres Immunsystems aus. Vor allem in der Medizin sind die Ergebnisse naturwissenschaftlicher Forschung, die in den Menschen „eingebaut“ werden (ob künstliches Hüftgelenk oder Herzschrittmacher), nicht mehr wegzudenken. Und Gentechnik und Künstliche Intelligenz eröffnen für die Zukunft noch viel weitergehende Möglichkeiten, physiologische oder neurologische Schäden zu beheben.

Ein Mensch mit Herzschrittmacher ist sicherlich noch ein Mensch. Oder? Mit einem Cochlea-Implantat (das Gehörlosen mit intaktem Hörnerv ermöglicht zu hören) wohl auch. Oder? Es wird ja nur künstlich hergestellt, was ein Mensch im Normalfall hat (einen regelmäßigen Herzschlag) oder kann (hören). Und wie wäre es, wenn es gelänge, eine Gehörprothese zu implantieren,

deren Frequenzbereich bis 50.000 Hertz reicht (bis etwa dahin können Hunde hören)? Wo liegt die Grenze, an der wir etwas qualitativ Neues annehmen würden, an dem ein Mensch das Menschsein überschreitet?

Mitte des 20. Jahrhunderts entstand die Idee des Transhumanismus. Angesichts wachsender technischer Möglichkeiten erschien es nicht mehr völlig utopisch, einen neuen Menschen zu „schaffen“, der über die uns natürlich gegebenen Möglichkeiten hinausragt. Der Transhumanismus knüpft zunächst an den Humanismus an, stellt den Menschen ins Zentrum seiner Überlegungen, bekennt sich zu Vernunft und Wissenschaft. Doch er findet sich mit der Beschränktheit unserer Existenz, mit körperlichen Gebrechen und intellektuellen Grenzen nicht ab: Der Mensch soll in seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten „verbessert“ werden.

Das klingt, als könne dadurch vielleicht die „Ungerechtigkeit“ der Natur ausgeglichen werden. Wem die Natur etwas vorenthalten hat (z.B. musikalische Begabung), dem (oder der) wird menschengemachter Ersatz bereitgestellt. Und je weiter Hirnforschung und Genanalyse voranschreiten, desto wahrscheinlicher wird es, dass dies kein utopisches Versprechen bleibt, sondern dass eines nicht allzu fernen Tages bekannt sein wird, was ein entsprechender Chip können muss, der dann ins Gehirn transplantiert wird. Wäre das dann der letzte Schritt in der

menschlichen Emanzipation von der Natur?

Oder vernachlässigen die transhumanistischen Zukunftsvisionen, dass es hier eher um persönliche vervollkommenung als um kollektiven Fortschritt geht? Wer sich zum Jahreswechsel die weltweiten Corona-Impfquoten angesehen hat, musste feststellen, dass es ungeheure Unterschiede gibt. Einige Länder in Afrika wiesen eine Impfquote von unter 10% auf. Wenn schon die Verteilung eines vergleichsweise billigen Impfstoffes so ungleich verläuft, was wäre für High-Tech-Anwendungen zu erwarten? Sprechen wir wirklich über eine Verbesserung der Lebenssituation für potentiell alle Menschen auf dem Erdball? Oder geht es nur um Zeitvertreib für Superreiche (wie etwa Weltraumausflüge)?

Daran schließen sich weitere Fragen an: Wenn es darum geht, eine Technologie zum Nutzen der Menschheit einzusetzen, sollte die Forschung dann darauf konzentriert werden, massenkompatible Anwendungen zu erschaffen oder die technologische Entwicklung voranzutreiben? Um beim Beispiel des Hör-Implantats zu bleiben: Standardimplantate für möglichst viele Gehörlose oder ein Implantat, das das Erlebnis ermöglicht zu hören, was Fledermäuse hören. Ressourcen sind nun mal begrenzt. Was wäre die transhumanistische Antwort? Was die humanistische? Sind die identisch?

Es lassen sich aber auch grundsätzlichere Fragen stellen: Was wird als defizitär angesehen? An welchen Leitbildern von Mensch orientieren wir uns? Die Gefahr, dass in einer kapitalistischen Welt, in der alle Menschen in Konkurrenz zueinander gestellt sind, „Enhancement“ verstanden wird als

Anpassung an die Anforderungen eben dieser Konkurrenz, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Emanzipation von der Natur führt dann nicht weiter als zur Selbstoptimierung für den Markt, die alles andere als selbstbestimmt wäre. Von medial vermittelten Bildern von Schönheit und Normalität ganz zu schweigen. Wenn sich Transhumanismus als Utopie für die Menschheit versteht, müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mitberücksichtigt werden, um zu einer realistischen Einschätzung der Folgen zu kommen.

Schließlich stellt sich die Frage nach dem Fundament des Humanismus: Wann ist der Mensch noch ein Mensch? Und was heißt es für unser Selbstbild, dass es wahrscheinlich in absehbarer Zeit Künstliche Intelligenz mit Bewusstsein geben könnte? Es ist nicht notwendig, sich auf mehr oder weniger religiös geprägte Vorstellungen von Gottesebenbildlichkeit oder Menschenwürde zu berufen, um hier Diskussionsbedarf zu haben.

Ein Schwerpunkt in einer Vierteljahreszeitschrift kann nicht beanspruchen, diese Fragen erschöpfend zu beantworten, und so bemühen sich unsere Beiträge um einen Problemaufriss: Was ist Transhumanismus überhaupt? Welche Konzeptionen sind realistisch, welche spekulativ und welche pure Science-Fiction? Was bedeuten transhumanistische Vorstellungen für unser Selbstbild? Wo passen humanistische und transhumanistische Ideen zusammen und wo kollidieren sie miteinander? Haben wir es mit einer Zukunftsvision zu tun oder mit einer intellektuellen Sackgasse?

Transhumanismus

Mit seinen geistigen Fähigkeiten steht der Mensch auf unserem Planeten an der Spitze der evolutionären Entwicklung. Es gibt aber keinen Grund für die Annahme, dass es darüber hinaus keine Steigerungen geben könnte. Neben den Fortschritten unserer Technik, die uns immer wieder neue Möglichkeiten und Fähigkeiten eröffnet, werden wir in Zukunft auch unsere Körper selbst weiterentwickeln und verbessern können. Erste Ansätze dazu gibt es schon jetzt. Die Verbesserung des menschlichen Körpers über seine normalen Fähigkeiten hinaus wird unter dem Begriff Transhumanismus zusammengefasst.

Ethische Grundlage und Definition des Transhumanismus

Zur ethischen Beurteilung des Transhumanismus sollte man eine konsequentialistische Ethik, wie z.B. den Utilitarismus bzw. die daraus abgeleiteten Varianten, zugrunde legen. Der Utilitarismus fordert einerseits, das Glück zu maximieren und andererseits das Leid zu minimieren. Während für die Vermehrung des Glücks keine absolut unüberwindlichen Hindernisse zu sehen sind, stoßen wir bei der Minimierung des Leids an Grenzen, die durch die Unzulänglichkeiten unserer Körper gegeben sind, also Krankheiten, Verletzbarkeit und Sterblichkeit. Da die natürliche Evolution des Menschen extrem langsam voranschreitet und die Minimierung von Leid ohnehin kein wesentlicher Selektionsgrund der natürlichen Evolution ist, müssen wir die Sache selbst in die Hand nehmen. Im Klartext heißt das die Veränderung bzw. Vervollkommenung unserer Körper. Dazu bieten sich verschiedene

Wege wie z.B. Gentechnik, Prothetik und künstliche Intelligenz an. Der Philosoph John Stuart Mill erhebt sogar die Verbesserung des Menschen in den Rang einer moralischen Verpflichtung. Zu seiner Zeit war an technische und biologische Mittel noch nicht zu denken. Daher sieht er als Mittel hierzu im Wesentlichen Bildung und Erziehung.

Erste Ideen zum Transhumanismus lassen sich auf den Beginn des letzten Jahrhunderts zurückverfolgen. Häufig werden dazu die Werke *Daedalus* von J.B.S. Haldane (1924) und *The World, the Flesh and the Devil* von J.D. Bernal (1929) zitiert. Inwieweit man den Transhumanismus mit Nietzsches Idee vom Übermenschen in Verbindung bringen kann, ist Gegenstand philosophischer Diskussionen. Allerdings bezog sich Nietzsche mehr auf die geistige Überhöhung des Übermenschen, während sich der Transhumanismus mit der Verbesserung von Geist und Körper befasst. Dennoch fühlen sich einige Befürworter des Transhumanismus durch die Ideen Nietzsches beeinflusst. Die Bezeichnung Transhumanismus

Bernd Vowinkel hat Physik und Astronomie an den Universitäten Gießen und Bonn studiert. Von 1981 bis 2010 war er als Wissenschaftler am 1. Physikalischen Institut der Universität Köln angestellt. 2006 hat er ein allgemeinverständliches Buch zur Zukunft der künstlichen Intelligenz veröffentlicht mit dem Titel *Maschinen mit Bewusstsein*. Anfang 2018 erschien sein Buch mit dem Titel *Wissen statt Glauben. Das Weltbild des neuen Humanismus*.

wurde erstmals 1957 vom Biologen Julian Huxley¹ geprägt. Er definiert den Transhumanismus als:

Mensch, der Mensch bleibt, aber sich selbst, durch Verwirklichung neuer Möglichkeiten von seiner und für seine menschliche Natur, überwindet.

Diese Definition beschränkt sich auf die medizinischen und technischen Möglichkeiten. Huxley selbst hatte allerdings bezüglich der Eugenik eine Einstellung, die zwar zu seiner Zeit weit verbreitet war, aber aus heutiger Sicht überwiegend als moralisch verwerflich eingestuft wird. Insbesondere die negative Eugenik wird im Rahmen des modernen Transhumanismus abgelehnt und stattdessen eine positive Eugenik unterstützt. Es geht also nicht so sehr darum, die Weiterverbreitung von als schlecht eingestuften Genen zu verhindern, sondern den Genpool generell zu verbessern. Modernere Definitionen beziehen auch noch eine entsprechende weltanschauliche Position und den Posthumanismus mit ein. So z.B. der englische Philosoph Max More² (Gründer des *Extropy Institutes*):

Transhumanismus ist eine Kategorie von Anschauungen, die uns in Richtung eines posthumanen Zustands führen. Transhumanismus teilt viele Aspekte mit dem Humanismus, einschließlich eines

Respekts vor Vernunft und Wissenschaft, einer Verpflichtung zum Fortschritt und der Anerkennung des Wertes des menschlichen (oder transhumanen) Bestehens in diesem Leben. Transhumanismus unterscheidet sich vom Humanismus im Erkennen und Antizipieren der radikalen Änderungen in Natur und Möglichkeiten unseres Lebens durch verschiedenste wissenschaftliche und technologische Disziplinen.

Mit dieser Definition ist klar, dass nicht jeder Humanist automatisch auch Anhänger des Transhumanismus ist. Insbesondere Vertreter der christlichen Kirchen sehen im Transhumanismus sogar eher eine Perversion des Humanismus. Viele Anhänger des altergebrachten Humanismus sehen die Dinge ähnlich. Der amerikanische Literaturagent John Brockmann³ stuft dagegen den Transhumanismus als unverzichtbaren Bestandteil des neuen Humanismus⁴ ein. An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass Julian Huxley nicht nur als Begründer des Transhumanismus gilt, sondern auch des evolutionären Humanismus, der letztlich eine Variante bzw. der Vorläufer des neuen Humanismus ist. Offensichtlich sieht er keine Gründe, warum sich diese beiden Positionen gegenseitig ausschließen sollten. Vielmehr ergänzen sie sich. Eine naturalistische Weltsicht kann am Menschsein in seiner jetzigen Form nichts Mystisches und nichts Heiliges finden. Insofern kann es auch keine grundlegenden ethischen Prinzipien geben, die den Transhumanismus von vornherein als verfehlt einstufen. Stattdessen sollte der Transhumanismus im Einzelfall danach beurteilt werden, ob er in der Lage ist, das Leid zu reduzieren und die Freude zu vermehren. Bei dieser Beurteilung

muss man alle Wesen mit einbeziehen, die über ein Ich-Bewusstsein verfügen und leidensfähig sind. Insofern geht der Transhumanismus über den Humanismus hinaus.

Die Bewegung des Transhumanismus findet zunehmend Beachtung in den Medien. Viele technologische und medizinische Entwicklungen bewegen sich in ihren Anwendungen bereits in Richtung des Transhumanismus. Man könnte sogar schon jetzt von einem Beginn des Zeitalters des Transhumanismus sprechen. Die Transhumanisten sind international seit 1998 organisiert in der *World Transhumanist Association* (WTA), die später in *Humanity+* umbenannt wurde. Daneben gibt es eine ganze Reihe nationaler Vereinigungen bis hin zu politischen Parteien. In Deutschland wurde im Jahr 2015 die *Transhumane Partei Deutschlands* (TPD) gegründet.

1998 wurde von der WTA eine Deklaration der Werte und Ziele des Transhumanismus verabschiedet. Sie wurde von der Nachfolgeorganisation *Humanity+* modifiziert und hat in der Version⁵ von 2009 folgenden Inhalt:

1. Die Menschheit wird in der Zukunft durch Technologie grundlegend verändert werden. Voraussichtlich werden sich Möglichkeiten eröffnen, die Bedingungen menschlichen Daseins neu zu gestalten und unter anderem die Unvermeidbarkeit des Alterns, die Grenzen menschlichen Verstandes und künstlicher Intelligenz, eine nicht selbstgewählte Psyche, menschliches Leiden und unser Gebundensein an den Planeten Erde zu überwinden.
2. Diese zukünftigen Entwicklungen und ihre langfristigen

Auswirkungen sollten systematisch erforscht werden.

3. Transhumanisten vertreten die Ansicht, dass wir bessere Aussichten haben, aus neuen Technologien Nutzen zu ziehen, wenn wir sie begrüßen und ihnen mit Offenheit begegnen, als wenn wir versuchen, sie zu ächten oder zu verbieten.
4. Transhumanisten treten für das Recht derer ein, die technologische Mittel zur Erweiterung ihrer geistigen und körperlichen Fähigkeiten und zur Verbesserung der Kontrolle über ihr eigenes Leben einzusetzen wünschen. Wir streben nach individuellem Wachstum über unsere gegenwärtigen biologischen Grenzen hinaus.
5. Bei der Zukunftsplanung muss der zu erwartende gewaltige technische Fortschritt berücksichtigt werden. Es wäre tragisch, wenn potentieller Nutzen wegen abwegiger, grundloser Technikangst und unnötiger Verbote ausbliebe. Ebenso tragisch wäre es andererseits, wenn das intelligente Leben aufgrund einer, durch neue Technologien verursachten Katastrophe oder aufgrund eines Krieges ausgelöscht würde, der mit fortgeschrittener Technologie geführt worden ist.
6. Wir halten die Schaffung von Foren zum Zwecke rationaler Diskussion über erforderliche Maßnahmen für notwendig, und wir brauchen eine soziale Ordnung, in der verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen werden können.
7. Der Transhumanismus tritt für das Wohl aller fühlenden Lebewesen ein (seien es künstliche Intelligenzen, Menschen,

Tiere oder mögliche außerirdische Spezies), und er beinhaltet viele Grundsätze des modernen weltlichen Humanismus. Der Transhumanismus unterstützt keine bestimmte Partei oder politische Richtung und keinen bestimmten Politiker.

Die Technologien des Transhumanismus zielen auf eine Verbesserung der Fähigkeiten des menschlichen Geistes und des Körpers über das normale naturgegebene Maß hinaus. Das menschliche Verhalten ist stark durch die genetische Veranlagung und den Hormonhaushalt determiniert. Diese Dinge sind evolutionär bedingt und konnten mit der zivilisatorischen Entwicklung der Menschheit nicht Schritt halten. Dies trifft insbesondere auf die Gewaltbereitschaft und die Entwicklung von Intoleranz und Hass zu. Mit den Technologien des Transhumanismus erlangen wir in absehbarer Zukunft die Möglichkeit, dieses Defizit auszugleichen. Wir haben es damit in der Hand, einen wahrhaft besseren Menschen zu konstruieren.

Technologien des Transhumanismus

1. Prothetik

Prothetik bedeutet zunächst einmal nur „Reparatur“ von Menschen, die Gliedmaßen oder andere Organe durch Unfall oder Krankheit verloren haben oder durch Gendefekte von Geburt an behindert sind. Im Sinne des Transhumanismus wird die Prothetik darüber hinaus so optimiert, dass sie den Menschen mit verbesserten oder sogar neuen Fähigkeiten gegenüber den normalen Menschen ausstattet.

Ethisch betrachtet dürfte das eher unkritisch sein.

2. Nanoroboter

Unter Nanoroboter versteht man kleine autonome Maschinen, die in der Lage sind, sich z. B. in Flüssigkeiten selbst fortzubewegen und bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Sie selbst haben dabei eine Größe, die kleiner als ein Streichholzkopf ist, in der Regel aber nur Bruchteile eines Millimeters. Interessant sind Nanoroboter für den Einsatz in der Medizin. So hofft man, Nanoroboter entwickeln zu können, die gezielt Tumore angreifen und zerstören. Die Idee, Nanoroboter zum Auslesen der im Gehirn gespeicherten Information nutzen zu können, ist derzeit allerdings reine Spekulation und in den Bereich der Science-Fiction einzuordnen.

3. Kryonik

Kryonik (auch Kryostase, von altgriechisch *kryos* „kalt“) ist die Kryokonservierung von kompletten Lebewesen oder einzelnen Organen (meist dem Gehirn), um sie – sofern möglich – in der Zukunft wiederzubeleben. Die Hoffnung ist dabei, dass durch die Konservierung nach dem Tod alle wesentlichen im Gehirn gespeicherten Informationen erhalten bleiben. Wenn in einigen Jahrzehnten die Medizin so weit fortgeschritten ist, dass auch nachträglich die Ursachen, die zum Tod führten, beseitigt werden können, so könnte man den Körper wiederbeleben.

Das Hauptproblem beim Einfrieren ist, dass das in den Körperzellen zu einem erheblichen Anteil befindliche Wasser ausfriert und dabei Kristalle bildet, die die Zellwände angreifen und so zu größeren Schäden führen.



Einige begegnen dem Transhumanismus mit Angst, andere mit Interesse. (Foto: © pixabay.com)

Als Lösung des Problems wird die so genannte „Vitrifizierung“ weiterentwickelt. Durch Zusätze im Blut, die eine Kristallisation weitgehend verhindern und damit eine schnelle Abkühlung (z. B. mit flüssigem Stickstoff) ermöglichen, hofft man, die Schäden in geringen Grenzen zu halten. Die Lagerung des Organismus erfolgt bei sehr tiefen Temperaturen. Üblich ist bisher die Kühlung mit flüssigem Stickstoff bei minus 196°C. Das Auftauen größerer Organe bis hin zu einem kompletten Körper funktioniert aber derzeit noch nicht. Insofern ist diese Technologie im Moment eher etwas für ausgesprochene Optimisten. Ethisch bedenklich ist, dass diese Technologie auf lange Sicht wohl nur wohlhabenden Menschen zur Verfügung steht.

4. Gentechnik

Bis vor wenigen Jahren galt die gentechnische Heilung von Krankheiten bis hin zu gezielten Veränderungen des menschlichen Genoms (Stichwort: Designerbabys) als reine Science-Fiction. Mit der Entwicklung der CRISPR/CAS9 Technologie hat sich das aber drastisch verändert. Nun sind solche Veränderungen mit relativ einfachen Mitteln und sehr gezielt möglich geworden. Das Einzige was jetzt noch fehlt, ist die Kenntnis, welche Genabschnitte für welche Fähigkeiten zuständig sind. Das ist gegenwärtig nur zu einem geringen Teil bekannt. Wenn dies jedoch vollständig aufgeschlüsselt ist, sollte es im Prinzip längerfristig möglich sein, den Menschen gentechnisch zu optimieren und letztlich sogar völlig neue Lebewesen am Computer



Mit Hilfe von Prothesen verbessert der Mensch seine Mängel schon lange bevor es den Gedanken des „Transhumanismus“ gab. (Foto: © pixabay.com)

zu konstruieren und biotechnisch herzustellen. Man bezeichnet dies als „synthetische Genetik“.

5. Künstliche Intelligenz

Eine enge Verbindung von künstlicher Intelligenz (KI) und dem menschlichen Körper findet jetzt schon in der Medizintechnik statt. So ist bei der neuesten Generation von sog. Cochlea-Implantaten ein Mikroprozessor Teil des Implantats. Gehörlosen kann damit wieder zu fast normalem Hören verholffen werden. In der nahen Zukunft ist die Anwendung von Retina-Implantaten zu erwarten, mit denen man Blinden wieder eine gewisse Sehkraft verschaffen

kann. In der fernerer Zukunft können womöglich sogar Neuro-Implantate bei Ausfällen von Teilen des Gehirns implantiert werden. Der Schritt solche Implantate so weiterzuentwickeln, dass sie dem Menschen Fähigkeiten verleihen, die über das normale Maß hinausgehen, ist dann nur ein kleiner.

Reine Science-Fiction ist derzeit noch das als „Upload“ bezeichnete Hochladen eines menschlichen Geistes auf einen Computer. Dennoch wäre das im Rahmen der bekannten Naturgesetze durchaus denkbar. Mit Fliegengehirnen ist das Prinzip dazu jedenfalls schon demonstriert worden.

Eine starke technologische Veränderung des menschlichen Körpers sowie die reine künstliche Intelligenz würde man eher dem Posthumanismus zuordnen und nicht dem Transhumanismus. Aus dieser Sicht ist der Transhumanismus ein Zwischenschritt zum Posthumanismus.

Die starke KI

Starke künstliche Intelligenz ist dann realisiert, wenn sie die gleichen intellektuellen und emotionalen Fähigkeiten des Menschen erlangt oder gar übertrifft. Eine starke künstliche Intelligenz handelt nicht mehr nur reaktiv, sondern auch aus eigenem Antrieb, intelligent und flexibel. Dies ist bisher noch nicht gelungen und einige Leute haben erhebliche Zweifel, ob es überhaupt möglich ist. Sollte es dennoch gelingen, so würden solche Maschinen ihre Weiterentwicklung bald selbst in die Hand nehmen können, was zu einer explosionsartigen Steigerung der Fähigkeiten der KI führen würde. Man bezeichnet dies als technologische Singularität. Der amerikanische Futurologe Ray Kurzweil⁶ schätzt, dass

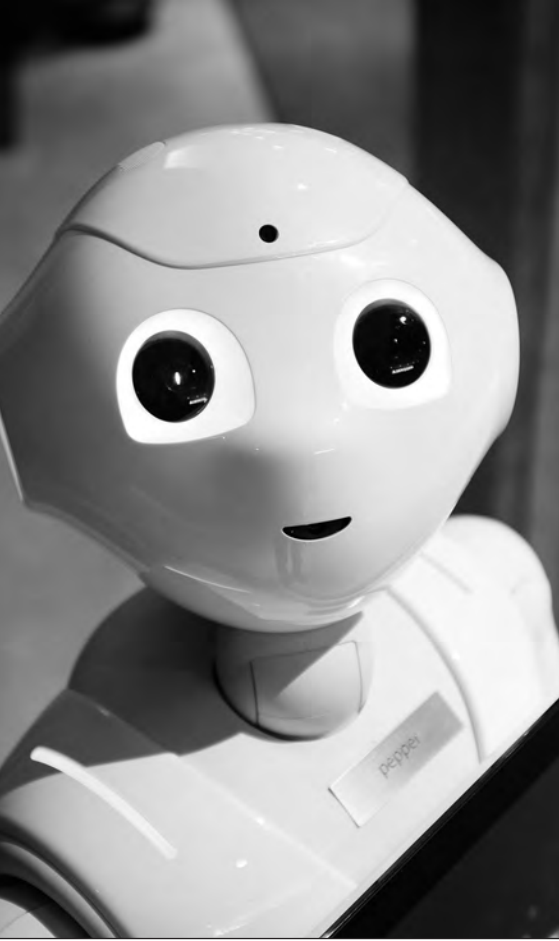
sie um das Jahr 2045 eintreten wird. Der erste der diese Möglichkeit erkannt hat, ist der Statistiker I.J. Good⁷. Bereits im Jahr 1965 beschrieb er ein Konzept, das der heute vorherrschenden Bedeutung von Singularität nahekam:

Eine ultraintelligente Maschine sei definiert als eine Maschine, die die intellektuellen Fähigkeiten jedes Menschen, und sei er noch so intelligent, bei weitem übertreffen kann. Da der Bau eben solcher Maschinen eine dieser intellektuellen Fähigkeiten ist, kann eine ultraintelligente Maschine noch bessere Maschinen bauen; zweifellos würde es dann zu einer explosionsartigen Entwicklung der Intelligenz kommen, und die menschliche Intelligenz würde weit dahinter zurückbleiben. Die erste ultraintelligente Maschine ist also die letzte Erfindung, die der Mensch zu machen hat.

Sollte die Singularität eintreten, so wäre die Frage dann nicht mehr: Was machen wir mit der KI, sondern: Was macht sie mit uns? Damit würde die Machbarkeit der starken KI zu einer Existenzfrage der gesamten Menschheit werden. Einige Zweifler, wie z.B. der amerikanische Philosoph John Searle⁸ behaupten, dass die menschlichen Fähigkeiten, wie z.B. Bewusstsein und Gefühle, an die Existenz eines biologischen Körpers gekoppelt sind. Es wird hier also eine Substratabhängigkeit vom Kohlenstoff und der daraus abgeleiteten reichhaltigen organischen Chemie postuliert. Nach Ansicht der meisten Wissenschaftler*innen ist eine solche Substratabhängigkeit im Rahmen des Naturalismus, auf den sich der neue Humanismus stützt, abzulehnen; denn auf der untersten Vollzugsebene sind die besonderen Fähigkeiten des menschlichen Gehirns nichts anderes

als Symbolverarbeitung (über elektrische Impulse), und die ist bereits ein abstrakter Vorgang, der nicht an eine bestimmte Materie gebunden ist. Daneben wird die gesamte Materie, aus denen das Gehirn besteht, im Laufe einiger Monate komplett ausgetauscht.

Ein weiteres, häufig vorgebrachtes Argument gegen die Machbarkeit der starken KI ist die Andersartigkeit und Komplexität des Gehirns im Vergleich zu den Bauteilen der KI. Dazu ist zu sagen, dass der genetische Bauplan des Gehirns nur maximal 400 Megabyte (entspricht etwa der Kapazität einer halben Audio-CD) umfasst, wobei man die darin enthaltene Information ohne Verlust auf etwa 25 Megabyte⁹ komprimieren kann. Dies ist eine ausgesprochen geringe Datenmenge. Die reine Rechenleistung des Gehirns liegt bei etwa 10 Millionen MIPS, was inzwischen von leistungsstarken Mikroprozessoren (z.B. Intel i9-7980) erreicht bzw. übertroffen wird. Die Andersartigkeit des Aufbaus der Hardware im Gehirn ist ebenfalls kein gutes Argument, denn nach der Church-Turing-These spielt das bei universellen Rechenmaschinen (Computern) keine Rolle. Als Beweis dafür, dass das Gehirn mehr kann als ein Computer, müsste man zeigen, dass es im Gehirn nichtalgorithmische Abläufe gibt, die auch nicht mit dem reinen Zufall zu erklären sind. Der britische Physiker Roger Penrose¹⁰ hat das versucht. Dazu brauche das Gehirn nach seiner Meinung den Zugriff auf eine nichtalgorithmische Physik, die wir noch nicht kennen. Er verortet sie im Bereich der Quantenphysik. Bisher konnte allerdings niemand überzeugend darstellen, wie quantenmechanische Effekte die Nervenzellen im Gehirn systematisch



Wird Künstliche Intelligenz irgendwann fühlen und denken? (Foto: © pixabay.com)

beeinflussen können. Davon abgesehen hat Penrose selbst zugeben müssen, dass er nicht ausschließen kann, dass solche Effekte in der Zukunft auch mit Maschinen erzeugt werden können. Abschließend zu dem Thema noch ein Wort des genialen Physikers Stephen Hawking¹¹:

Einige Menschen behaupten, Computer würden niemals in der Lage sein, echte Intelligenz zu entwickeln, was auch immer das sein mag. Doch wenn komplizierte chemische Moleküle im Menschen so zusammenwirken können, dass sie

diesen mit Intelligenz ausstatten, dann sehe ich nicht ein, was ebenso komplizierte elektronische Schaltkreise daran hindern sollte, Computer zu intelligentem Verhalten zu befähigen.

Auch wenn die aufgeführten Argumente kein Beweis für die Machbarkeit der starken KI sind, so sind sie doch recht überzeugend und nur schwer innerhalb des Naturalismus zu widerlegen.

Die Weiterentwicklung der Technologien des Transhumanismus wird sich nicht aufhalten lassen, aber man kann versuchen, sie in vernünftige Bahnen zu lenken.

Anmerkungen

- 1 Huxley, J.: New Bottles for New Wine, London: Chatto & Windus, 1957
- 2 <https://web.archive.org/web/20110216221306/>; <http://www.maxmore.com/transhum.htm>
- 3 Brockman, J.: Die neuen Humanisten, Wissenschaft an der Grenze. Ullstein, 2004
- 4 Vowinkel, B.: Wissen statt Glauben, das Weltbild des neuen Humanismus. lola Books, 2018
- 5 <https://www.humanityplus.org/the-transhumanist-manifesto>
- 6 Kurzweil, R.: Menschheit 2.0: Die Singularität naht. 2. Auflage. Lola Books, 2014
- 7 <https://www.historyofinformation.com/detail.php?id=2142>
- 8 Searle, J. R.: Die Wiederentdeckung des Geistes. Suhrkamp, 1996
- 9 Kurzweil, R.: Das Geheimnis des menschlichen Denkens. Lola Books, 2014, S 266
- 10 Penrose, R.: Schatten des Geistes. Spektrum Akademischer Verlag, 1995; Penrose, R.: Das Große, das Kleine und der menschliche Geist. Spektrum Akademischer Verlag, 2002; Penrose, R.: The Emperor's New Mind. Penguin Books, 1991 (deutsch unter dem Titel Computerdenken, Spektrum Akademischer Verlag, 1991)
- 11 Hawking, S.: Das Universum in der Nusschale. Hoffmann und Campe, 2001, S. 173

Transhumanismus und Künstliche Intelligenz

Es hat den Anschein, als lebten wir in einem Zeitalter der Konfrontation und der Polarisierung. In vielen Bereichen treffen extrem gegensätzliche Meinungen aufeinander. Auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz (KI) ist es auch so. Die einen erhoffen sich von ihr die Lösung aller Probleme der Menschheit, die anderen sehen darin deren Untergang.

„Die Entwicklung vollständiger Künstlicher Intelligenz könnte das Ende der Menschheit bedeuten“, sagte Stephen Hawking 2014, denn „Menschen, die durch eine langsame biologische Evolution eingeschränkt sind, könnten nicht mithalten und würden überholt.“ Auch Elon Musk glaubt, wir würden mit der KI den Teufel beschwören: „Wenn ich einen Tipp abgeben müsste, was die größte Bedrohung unserer Existenz ist, dann ist es vermutlich die KI.“ Der Erfinder und Futurist Ray Kurzweil, Leiter der technischen Entwicklung bei Google, hält dagegen: „Wir erleben derzeit das überwältigende Tempo des Fortschritts, in dem ein Meilenstein nach dem nächsten der Künstlichen Intelligenz zufällt. [...] Wir kommen inzwischen mit ein paar Tastenschlägen an das gesamte menschliche Wissen. Und wir werden mit der Künstlichen Intelligenz verschmelzen, um schlauer zu werden. Schon in den 2030ern werden wir mit einem ‘simulierten Neokortex’ in der Cloud verschmelzen.“ Kurzweil ist nicht irgendwer, er gilt als einer der bekanntesten Vordenker des Transhumanismus. Er prognostiziert für das Jahr 2045 eine exponentielle Zunahme der informationstechnologischen Entwicklung, die Überschreitung

einer Grenze: Eine ‘Singularität’, wie er es nennt, die eine künstliche Intelligenz ermöglicht, mit welcher die Menschheit Unsterblichkeit erlangen kann. Und der deutsche KI-Pionier Jürgen Schmidhuber, Leiter eines Forschungsinstitutes für Künstliche Intelligenz in Lugano, dessen Spracherkennungssoftware wir alle auf dem Smartphone benutzen, meint: „„Wir haben nicht nur Systeme, die sklavisch ihre menschlichen Lehrmeister nachahmen, wir haben auch Systeme, die ihre eigenen Ziele erfinden – was wir künstliche Neugier nennen –, künstliche Kreativitätssysteme, die wie Babys lernen, ihre eigenen kleinen Experimente zu erfinden, um herauszufinden, wie die Welt funktioniert. In nicht so weiter Zukunft werden wir Künstliche Intelligenz auf dem Level kleiner Tiere haben, und wenn das soweit ist, braucht es nur noch wenige Dekaden, bis wir menschliche Intelligenz erreichen. Ich habe keinen Zweifel daran, dass es nicht mehr viele Jahrzehnte dauert, bis wir in vielen Bereichen superhumane Entscheider haben.“

Der US-amerikanische Philosoph und Neurowissenschaftler Sam Harris hat drei Thesen: „Intelligenz ist das Ergebnis von Informationsverarbei-

tung“, „Wir werden unsere intelligenten Maschinen weiter verbessern“ und „Wir sind noch weit vom Gipfel der Intelligenz entfernt“. Er konstatiert, dass die Fortschritte im IT-Sektor exponentiell verlaufen. Darauf aufbauend fragt er skeptisch „Können wir eine KI bauen, ohne die Kontrolle darüber zu verlieren?“ und antwortet: „Wenn wir Maschinen bauen, die klüger sind als wir, werden sie die weite Strecke bis zum Gipfel der Intelligenz ausschöpfen. Wie können wir einen Geist, der diese Fortschritte macht, verstehen – geschweige denn im Schach halten?“

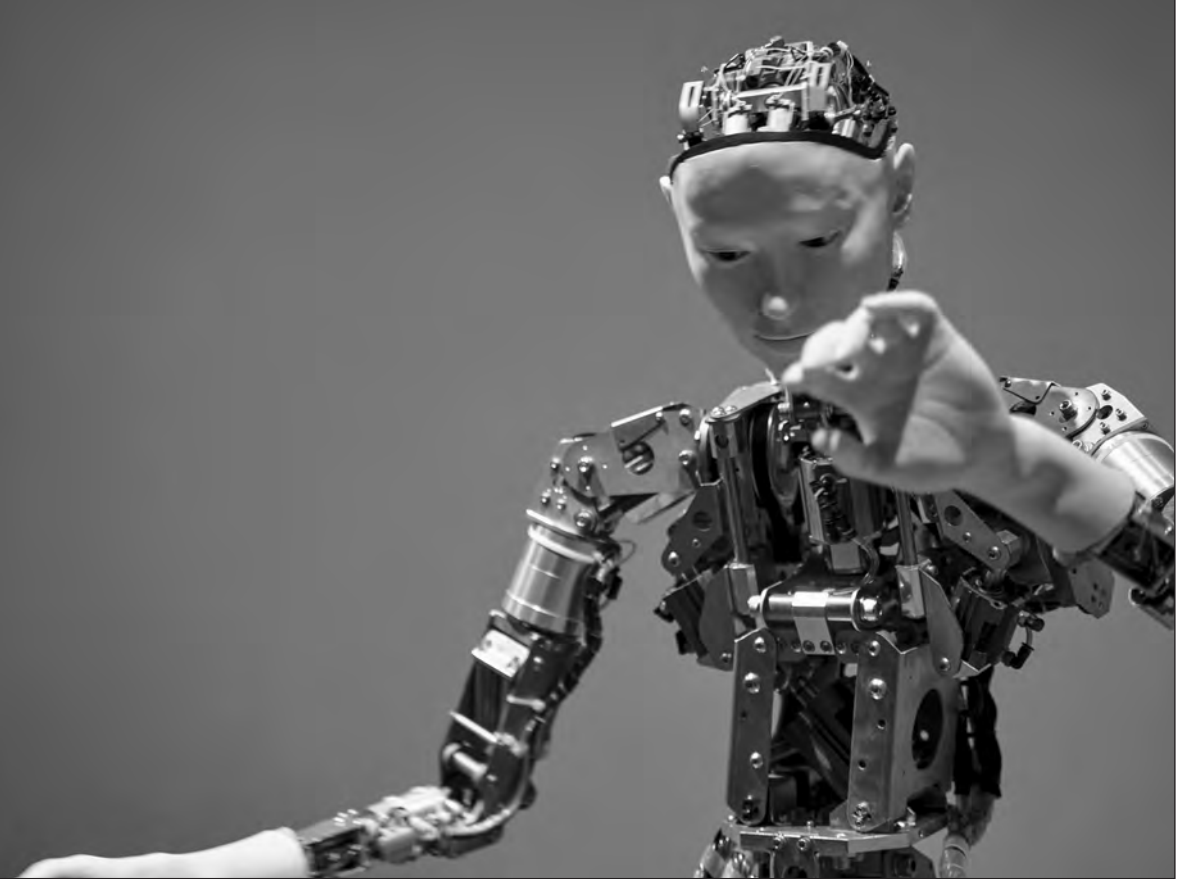
Aber was ist KI überhaupt?

Natürlich hängt die Antwort mit der Schwierigkeit zusammen, Intelligenz überhaupt zu definieren. Zwei KI-Wissenschaftler haben eine Sammlung von rund 70 Definitionen zusammengetragen, denn es gibt trotz vieler Bemühungen während der gesamten Forschungsgeschichte immer noch keinen standardisierten Begriff von Intelligenz. Die platteste Definition ist, dass Intelligenz genau das sei, was bei Intelligenztests gemessen wird. Locker gesagt ist es die Fähigkeit, ein Problem zu lösen. Entgegen der landläufigen Meinung ist ein umfangreiches Wissen kein Zeichen von Intelligenz. Einen Haufen von Fakten kann sich auch ein Computer merken. Intelligenz ist die Fähigkeit, dieses Wissen zu neuen Erkenntnissen zusammenzusetzen. Es ist eine menschliche, ja eine natürliche Fähigkeit, die auch „intelligente“ Tiere haben – die Fähigkeit, mit erlerntem Wissen neue Lösungen zu finden. Und das bauen die Fachleute in der Maschine nach und nennen es „künstliche“ Intelligenz – besser gesagt: maschinelles Lernen. Algorithmen bah-

Jürgen Beetz, geboren 1940, war bei einem internationalen IT-Konzern als Systemanalytiker und Dozent in leitender Funktion tätig. Zahlreiche Veröffentlichungen, zum Thema zuletzt: *Digital. Wie Computer denken* (Springer Berlin/Heidelberg 2019). Im Alibri-Verlag erscheint demnächst das fiktive Tagebuch eines Androiden unter dem Titel *Menschen wie ich. Eine KI erwacht zum Leben*.

nen sich gewissermaßen den Weg durch riesige Datenmengen und lernen selbst, finden also Regelmäßigkeiten in den Datensätzen. Sie wühlen sich durch Tausende von Katzenbildern und Tausende von Hundebildern (Bildpunkte können sie ja verarbeiten) und finden so Charakteristika für die beiden Tiere. Danach können sie auch eine Katze erkennen, die nicht zu ihrem Trainingsset gehörte. Aber sie *verstehen* nicht, was eine Katze ist.

Nach denselben Regeln arbeiten sie sich durch Tausende von Schachpartien und lernen so Strategien, um zu gewinnen. Schließlich spielen sie das asiatische Brettspiel GO gegen sich selbst und werden dadurch so „intelligent“, dass sie am Ende besser werden als die besten menschlichen Spieler. Lee Sedol, der Weltmeister im GO, wurde von dem von Google entwickelten Programm *AlphaGo* mehrmals geschlagen und zog sich aus dem Wettkampfsport zurück. Andere GO-Koryphäen konnten nicht mehr herausfinden, welche internen Regeln sich die Software gebildet hatte. Im Gegensatz zu einem herkömmlichen Programm kann beim maschinellen Lernen oft niemand mehr nachvollziehen, wie der Algorithmus gearbeitet hat. So kann er unbeabsichtigt menschliche Vorurteile abbilden. „Berühmt“ wurde ein Algorithmus zur Personenerkennung, der aufgrund seines unvollständigen Trainingsdaten-



„Die Entwicklung vollständiger Künstlicher Intelligenz könnte das Ende der Menschheit bedeuten“ (Stephen Hawking) (Foto: © pixabay.com)

satzes weiße Menschen richtig erkannte, aber Afrikaner mit Gorillas verwechselte. Und das ist nicht „künstliche Intelligenz“, sondern „künstlicher Rassismus“. Aber „menschlich“, denn US-Forscher haben bei Probanden Hirn-Scans angefertigt und festgestellt, dass es uns schwer fällt, Gesichter fremder Ethnien auseinanderzuhalten. Dazu titelte *Der Spiegel*: „Weiße können Gesichter von Schwarzen nicht unterscheiden – und umgekehrt“. Wir werden zum Teil als Rassisten geboren – der genetische „innere Lehrmeister“ warnt uns vor Fremdem –, aber meist dazu durch unsere Sozialisation erzogen.

Ähnlich agierte ein automatisiertes Twitter-Konto namens *Tay*, ein „Chatbot“. Das ist ein „Konversationsroboter“, also ein Programm, mit dem man sich schriftlich unterhalten kann. Doch die Presse berichtete: „Innerhalb von nur 24 Stunden drehte das Programm durch. Es twitterte Nazi-Parolen und frauenfeindliche Sprüche und es glorifizierte Drogenkonsum.“ So genannte „Trolle“, also Benutzer, die auf emotionale Provokation anderer Gesprächsteilnehmer zielen, hatten in der Unterhaltung mit *Tay* absichtlich sexistische und rassistische Stereotypen verwendet – „Gehirnwäsche“ für ein künstliches Gehirn.

Turing-Test prüft Menschlichkeit

Chatbots sind eine Abart des bekannten „Turing-Tests“, um die Chancen und Möglichkeiten von künstlicher Intelligenz zu demonstrieren. Der britische Logiker, Mathematiker und Geheimschriftexperte Alan Turing formulierte nämlich 1950 ein Gedankenexperiment zur Entscheidung der Frage, wann Computer als intelligent gelten können. Seine Frage war: „Können Maschinen denken?“, um dann zu konkretisieren: „Können Maschinen Denken imitieren?“ (Spötter würden eine solche Frage auch auf manche Menschen beziehen). Seine Antwort war der besagte Turing-Test, in dem ein Mensch mit einem Computer per Bildschirm und Tastatur in den Dialog tritt (demnächst durch Sprachein- und -ausgabe). Turing formulierte: Der Computer kann genau dann als intelligent angesehen werden, wenn der Mensch nicht entscheiden kann, ob es sich um einen Dialog mit einem Menschen oder mit einem Computerprogramm handelt.

Einer der ersten Versuche in dieser Richtung war ELIZA, ein 1966 von Joseph Weizenbaum entwickeltes Computerprogramm zur Kommunikation zwischen einem Menschen und dem Computer über natürliche (geschriebene) Sprache. Es simulierte ein Gespräch mit einem Psychologen und wurde damals als Meilenstein der KI gefeiert. Viele hielten es für den ersten Gewinner des Turing-Tests – eine Interpretation, die seinen „Schöpfer“ Weizenbaum entsetzte. Immerhin *schien* es intelligent zu sein. Es führte eine psychologische Beratung durch. Man tippte z.B.: „Ich habe ein Problem mit meinem Vater“, und das Programm reagierte mit dem

Satz: „Wer sonst gehört noch zu Ihrer Familie?“ Ist das schon ein Zeichen von Intelligenz? Es „wusste“ immerhin, dass der Vater zur Familie gehört: ein Beispiel für die Bildung logischer Kategorien.

„Superintelligenz“ als Ende des Menschseins?

Ein Mitarbeiter Turings, der britischer Mathematiker und Kryptologe I. J. Good, dachte schon 1965 als erster an eine Superintelligenz und meinte, die menschliche Intelligenz würde weit dahinter zurückbleiben: „Die erste ultraintelligente Maschine ist also die letzte Erfindung, die der Mensch zu machen hat.“

Ab wann ist also künstliche Intelligenz „intelligent“? Es gibt eine Klassifizierung von zwei grundsätzlich verschiedenen Arten von KI, obwohl sie sich „nur quantitativ“ unterscheiden. Die sogenannte *schwache* KI ist Expertenwissen auf einem schmalen Fachgebiet, Medizin, Juristerei, Gesichtserkennung, Sprachübersetzung, Strategiespiele usw. Hier zeigen heutige Systeme bereits Leistungen, die die von Fachleuten auf dem Gebiet übertreffen. In anderen Anwendungen versagt die Software kläglich. Nur die sogenannte *starke* KI erfüllt den Turing-Test: ein Verhalten, das von einem durchschnittlichen Menschen nicht mehr zu unterscheiden ist. Starke KI zeigt fundierte Kenntnisse auf allen Gebieten des Lebens – so umfassend wie ein (heutzutage gar nicht mehr möglicher) Universalgelehrter früherer Zeiten. Eine starke KI ist also eine Maschine (nicht notwendigerweise aus Fleisch und Blut), die den Turing-Test besteht (etwa in einem *Chat* über



Bis heute hat noch kein Programm den den Turing-Test bestanden. (Foto: © pixabay.com)

beliebige Themen im Internet). Das bedeutet für einige KI-Experten zwangsläufig, dass sie ein Bewusstsein haben muss – ebenso wie ein Wesen mit einem so komplexen Gehirn wie das eines Menschen. Wir kennen alle Descartes' berühmten Satz: „Ich denke, also bin ich“. Der österreichische Zoologe und Evolutionsbiologe Rupert Riedl kehrte diesen Spruch um: „Ich bin – also denke ich“. Damit wollte er ausdrücken, dass ein Lebewesen, das so ist, wie es ist (das wie wir im Laufe der Evolution an die 100 Milliarden Gehirnzellen entwickelt hat), zwangsläufig ein Bewusstsein und die Fähigkeit zum Denken entwickelt haben muss.

Viele offene Fragen

Werden wir „bessere Menschen“, wie der Transhumanismus verspricht oder „irgendein niederer Organismus“, den die Superintelligenz großzügig leben lässt oder ihm sogar Reservate zuordnet wie die weißen Siedler den Indianern? Das sind die spannenden Fragen: Wer ist der („transhumane“) Mensch? Werden Roboter Bewusstsein haben? Werden wir zu beschäftigungslosen Maschinensklaven? Wird es Androide geben, spezielle humanoi-

de Roboter, die einem Menschen täuschend ähnlich sehen und sich menschenähnlich verhalten? Was bleibt für den Menschen in „Digitalistan“, wenn Maschinen die Jobs übernommen haben, auch die, die Intelligenz erfordern? Vielleicht das, was die immer noch schwache KI (zur Zeit) nicht kann: das Menschliche. Menschliche Intelligenz, nicht künstliche. Menschliche Empathie, nicht künstliche. Menschliche Kommunikation, nicht künstliche. Wenn wir auch aufgrund unseres „eingebauten“ Hanges zum Anthropomorphismus den Maschinen menschliche Eigenschaften zuschreiben, so bleibt doch immer eine Akzeptanzlücke, das „unheimliche Tal“ (auf engl. *uncanny valley*), als Unterschied. Das bezeichnet ein plötzliches Absinken in der Akzeptanzkurve, wenn ein künstliches Teil (ein Roboter, eine Prothese oder auch eine Filmfigur) einem natürlichen Gegenstück zu ähnlich sieht. Wir bemerken den Unterschied und es gruselt uns.

Schon heute fragen viele: Digitalisierung – Segen oder Fluch? Das ist eine völlig unsinnige Frage, denn alle Entwicklungen der Menschheit bestehen immer aus beiden Komponenten. Mathematiker würden sagen: Fortschritt ist gleich Segen minus Fluch. Ob wir dabei die Nulllinie durchbrechen, über eine neue „unheimliche Klippe“ in eine Katastrophe stürzen, das weiß ... niemand.

Werden Sie Mitglied im IBKA!

Im IBKA haben sich nichtreligiöse Menschen zusammengeschlossen, um die allgemeinen Menschenrechte – insbesondere die Weltanschauungsfreiheit – und die konsequente Trennung von Staat und Religion durchzusetzen. Wir treten ein für individuelle Selbstbestimmung, wollen vernunftgeleitetes Denken fördern und über die gesellschaftliche Rolle von Religion aufklären.

Mitglieder werden regelmäßig über die Tätigkeit des IBKA unterrichtet. Der IBKA veranstaltete in den Jahren 2012 und 2015 internationale atheistische Conventions; er vergibt den IBKA-Preis *Sapio* – zuletzt an Greg Graffin und *Ateizm Derneği* – und war Initiator der Kampagne *Gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz* (GerDiA). Sie erhalten Informationsbroschüren sowie die Quartalsschrift MIZ. Wir beraten Sie auch gerne bei Fragen zum Kirchenaustritt wie zur Abmeldung vom konfessionellen Religionsunterricht an staatlichen Schulen.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch Ihre Mitgliedschaft oder Spende!

Der Regelbeitrag beträgt Euro 75 im Jahr. Es besteht die Möglichkeit zur Beitragsermäßigung.

Der IBKA ist als gemeinnützig anerkannt; Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Nach Eingang Ihres Aufnahmeantrages erhalten Sie eine Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft, die Satzung des Vereins sowie weitere Informationen. Senden Sie bitte Ihre Beitrittserklärung in geschlossenem Umschlag an unsere Geschäftsstelle.



Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten

IBKA e.V.
Limburger Str. 55
53919 Weilerswist
www.ibka.org

Beirat: Prof. Dipl.-Ing. Edgar Baeger, Bedri Baykam (Türkei), Dr. Gerhard Czermak, Dr. Mynga Futrell, Dr. Colin Goldner, Prof. Dr. Günter Kehr, Prof. Mark Lindley (USA), Ralf Michalowsky, Prof. Dr. Ali Nesin (Türkei), Dipl.-Psych. Ursula Neumann, Prof. Dr. Hermann Josef Schmidt, Dr. Michael Schmidt-Salomon, Arzu Tokar.

Korporative Mitglieder: Ateizm Derneği, Atheist Centre Vijayawada, Bund für Geistesfreiheit (bfg) Bayern, bfg Augsburg, bfg Erlangen, bfg Kulmbach/Bayreuth, bfg München, bfg Neuburg/Ingolstadt, bfg Regensburg, Dawkins Foundation Deutschland, Düsseldorfer Aufklärungsdienst, Humanistischer Freidenkerverband Ost-Württemberg, Freidenkerinnen & Freidenker Ulm/Neu-Ulm, Aschaffenburg Freidenker.

Der IBKA ist Mitglied der Atheist Alliance International (AAI)
Humanistische Union e.V. (HU)
Koordinierungsrat säkularer Organisationen (KORSO)

Eingetragen in der öffentlichen Liste der beim Deutschen Bundestag registrierten Verbände.

Aufnahmeantrag

o Herr o Frau

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Land (in Deutschland: Bundesland)

Telefon*

E-Mail*

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Beruf* (* = freiwillige Angabe)

Hiermit beantrage ich die Aufnahme in den Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V.

o als ordentliches Mitglied.

Ich gehöre keiner Kirche, Konfession oder religiösen Gemeinschaft an.

o als außerordentliches Mitglied.

Ich erkläre ausdrücklich, dass ich gegen meine Überzeugung einer Kirche, Konfession oder religiösen Gemeinschaft nur deswegen angehöre, weil ich hierzu aus beruflichen oder sozialen Gründen gezwungen bin.

Ich zahle

o den Regelbeitrag i.H.v. Euro 75/Jahr

o den Förderbeitrag i.H.v. Euro 100/Jahr

o den Mindestbeitrag i.H.v. Euro 50/Jahr

o einen Beitrag i.H.v. Euro ____/Jahr

(mindestens Euro 50/Jahr)

Ich beantrage Beitragsermäßigung, denn
o mein/e Partner/in

ist bereits vollzahlendes IBKA-Mitglied oder beantragt die Mitgliedschaft mit gleicher Post.

o Ich bin Mitglied bei einem befreundeten Verband, der IBKA-Mitgliedern ebenfalls eine Beitragsermäßigung gewährt:

o Ich habe nur ein geringes Einkommen (bitte kurz erläutern):

Ich zahle

o den ermäßigten Beitrag i.H.v. Euro 25/Jahr

o einen Beitrag i.H.v. Euro ____/Jahr (mindestens Euro 25/Jahr)

Die Mitgliedschaft im IBKA beinhaltet den Bezug des Rundbriefes und der Zeitschrift MIZ, diese können nicht abbestellt werden. Mitgliederdaten werden im IBKA zentral gespeichert und beim Vereinsaustritt gelöscht – es sei denn behördliche Vorschriften stehen dem entgegen oder ein Mitglied verlässt den IBKA mit Beitragsschulden. Die Daten stehen der Verwaltung, dem Vorstand sowie den Vorständen der regionalen Untergliederungen zur Erfüllung des Vereinszweckes zur Verfügung und werden nicht an Externe weitergegeben.

Ich bin einverstanden, vom IBKA per E-Mail oder postalisch Informationen über die Verbandsaktivitäten zu erhalten. Ich akzeptiere die Satzung, die Beitragsordnung sowie den Politischen Leitfaden des IBKA in der aktuellen Form.

Ort, Datum

Unterschrift:

Nur eingeschränkt fortschrittlich

Der Koalitionsvertrag verspricht nicht allzuviel

Seit wenigen Wochen regiert in Deutschland eine Koalition aus Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen. Im neuen Koalitionsvertrag sind auch zahlreiche Projekte angeführt, die das Verhältnis des Staates zu den Religionsgemeinschaften angeht. Hier könnte es im Sinne des Anspruchs „Mehr Fortschritt wagen“ Veränderungen geben – allerdings keine grundsätzlichen. Denn der Grundtenor der Vereinbarung ist in Sachen Religion weiterhin konservativ.

Wer anlässlich des Abtritts einer Regierungspartei mit „C“ im Namen die Hoffnung hatte, dass die Kirchenprivilegien auch angesichts einer wachsenden nichtreligiösen Bevölkerung nun grundsätzlich unter die Lupe genommen, sie in ihrem Kern hinterfragt und einem dringenden „Downgrade“ unterzogen würden, wird enttäuscht. Es ist ersichtlich, dass sich viele Politiker:innen mit dem Thema Religion nicht genug auskennen und sich auf eine wenig neutrale Expertise verlassen. So werden im neuen Koalitionsvertrag nicht nur viele „Religionsprojekte“ angeführt, sondern auch fortgeführt.

Kirchliches Arbeitsrecht

Noch am erfolversprechendsten erscheinen die auf das kirchliche Arbeitsrecht zielenden Bestrebungen. Im Abschnitt „Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt“ ist hierzu zu lesen: „Gemeinsam mit den Kirchen prüfen wir, inwiefern das kirchliche Arbeitsrecht dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden kann. Verkündungsnahe Tätigkeiten bleiben ausgenommen.“

(S. 71) Natürlich ist es prinzipiell fragwürdig, wenn der Staat bei einer zivilgesellschaftlichen Organisation gewissermaßen anfragt, ob sie einverstanden wäre, dass staatliches Recht zukünftig zumindest teilweise auch in ihren Einrichtungen Anwendung findet. Die hier auffallend zurückhaltende Formulierung dürfte jedoch eher „diplomatischen“ Zwecken dienen, als auf mangelnden Veränderungswillen hindeuten. Denn alle drei an der Regierung beteiligten Parteien hatten diesen Punkt bereits in ihrem Wahlprogramm benannt, und in der Bevölkerung gibt es, bis weit hinein in kirchlich engagierte Kreise, Zustimmung in dieser Frage.

Kritisch könnte vermerkt werden, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in diesem Zusammenhang nicht genannt und das Thema unter der Überschrift „Mitbestimmung“ behandelt wird. Dies mag als Hinweis gewertet werden, dass bei den Überlegungen der Koalition das kollektive Arbeitsrecht (also Betriebsräte und Streikrecht) im Vordergrund steht und die Diskriminierung beispielsweise von Konfessionslosen in Sozialeinrichtungen in kirchlicher

Beauftragter für Religionsfreiheit

Frank Schwabe ist seit Januar der neue Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit. Der evangelische Sozialdemokrat bringt Erfahrung im Bereich Menschenrechte mit, er engagiert sich seit längerem beispielsweise für türkische Oppositionelle.

Sein Vorgänger, der Unionsabgeordnete Markus Grübel, verstand sein Amt vor allem im Sinne eines Beschützers verfolgter Christen. Zwar erwähnt er in seinem *Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit* für das Jahr 2020 auch Fälle diskriminierter Atheisten, etwa in der arabischen Welt, wer sich hingegen die zahlreichen aktuellen Meldungen auf der Webseite durchsieht, findet fast ausschließlich Beispiele für die Verfolgung religiöser Minderheiten.

Es bleibt abzuwarten, ob Schwabe die Schwerpunkte seiner Arbeit anders gewichten wird.

Trägerschaft letztlich unangetastet bleiben wird. Da aber gerade jene Fälle, in denen Konflikte mit den besonderen Loyalitätspflichten zur Kündigung führten (Wiederverheiratung nach einer Scheidung, offen gelebte Homosexualität, Religionswechsel usw.), immer wieder öffentliche Empörung hervorriefen, ist es eher unwahrscheinlich, dass bei einer Neufassung gesetzlicher Regelungen ausgerechnet dieser Aspekt ausgespart bleibt.

Denkbar ist allerdings, dass der Staat auf eine gesetzliche Regelung verzichtet und sich mit den Kirchen darauf einigt, dass diese öffentlichkeitswirksam eine Art „Selbstverpflichtung“ abgeben (wie im Fall der Konkordatslehrstühle in Bayern). Dann wäre im Einzelfall wenig gewonnen, weil die Betroffenen keinen wirklichen Rechtsschutz hätten. Zugleich wäre die Ideologie des „kirchlichen Selbstbestimmungsrechtes“ zementiert und das Modell könnte als Blaupause hergenommen werden, weitere Religionsgemeinschaften de facto

von der staatlichen Gesetzgebung auszunehmen. Dies ginge auch gut mit identitätspolitischen Vorstellungen zusammen, dass die Umsetzung staatlichen Rechts als Diskriminierung zu werten ist, wenn die eigene Identitätsgruppe betroffen wäre.

Insofern erscheint politischer Druck notwendig, um hier eine Regelung zu erreichen, die alle Menschen gleich behandelt und kirchliche Privilegien nachhaltig abschafft anstatt sie verbal maskiert auf andere Religionsgemeinschaften auszuweiten.

Staatsleistungen

Auch den Verfassungsauftrag, die Staatsleistungen abzulösen, hat die Koalition in ihre Vereinbarung aufgenommen: „Wir schaffen in einem Grundsatzgesetz im Dialog mit den Ländern und den Kirchen einen fairen Rahmen für die Ablösung der Staatsleistungen.“ (S.111) Allerdings haben die Bundestagsdebatten zum fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf in der vergangenen Legislaturperiode (vgl. MIZ 1/21) gezeigt, dass hier die Probleme im Detail liegen und die Kirchenlobby zahlreiche Bremsklötze anlegen kann. Insbesondere die Frage einer „Entschädigung“ (wie hoch diese sein soll und wer sie bezahlen muss) stellt ein reales Hindernis dar, das dazu führen kann, dass kein Rahmengesetz zustande kommt.

Die Position der säkularen Verbände, dass es absurd genug ist, dass ein demokratischer Staat ein Jahrhundert lang für eine Entscheidung von Feudalherren gezahlt hat und folglich ein der Kirche etwa entstandener Schaden längst abgegolten ist, wird sich wohl nicht durchsetzen. Sie sollte aber gegen die im Raum stehenden

Forderungen nach Ablösesummen im zweistelligen Milliardenbeträgen in Stellung gebracht werden.

Kooperatives Trennungsmodell

Sollte das diskriminierende kirchliche Arbeitsrecht abgeschafft werden und die Zahlung der Staatsleistungen ein Ende finden, wären dies tatsächlich Fortschritte. Was hingegen generell zum Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften vorgesehen ist, ist rückwärtsgewandt: „Wir entwickeln das Religionsverfassungsrecht im Sinne des kooperativen Trennungsmodells weiter und verbessern so die Beteiligung und Repräsentanz der Religionsgemeinschaften, insbesondere muslimischer Gemeinden. Dazu prüfen wir, ob hierfür Ergänzungen des Rechtsstatus von Religionsgemeinschaften notwendig sind und erörtern dies in enger Abstimmung mit den betroffenen Kirchen und Religionsgemeinschaften. Neuere, progressive und in Deutschland beheimatete islamische Gemeinschaften binden wir in diesen Prozess ein.“ (S. 111) Niemand sollte sich hier von den Begrifflichkeiten täuschen lassen: Hier wird nichts „weiterentwickelt“ im Sinne von „modernisiert“. Hier wird im wirtschaftlichen Sinne „entwickelt“: Das bestehende Modell, das die Kirchen gegenüber allen anderen zivilgesellschaftlichen Kräften privilegiert, wird beibehalten, jedoch die „Kooperation“ – im Sinne einer Unterstützung durch staatliche Mittel – auf muslimische Gemeinden ausgeweitet.

Angesichts der grundsätzlich konservativen Ausrichtung der Textstelle muss wohl auch die Absicht, prü-

Vera Muth ist Religionswissenschaftlerin. Von 2012 bis 2014 koordinierte sie die Kampagne *Gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz* (GerDiA). Derzeit arbeitet sie an einem Projekt über die Privilegierung von Religionsgesellschaften. In MIZ 1/21 schrieb sie über den Entwurf eines Grundsatzgesetzes zur Ablösung der Staatsleistungen.

Gunnar Schedel schreibt seit 30 Jahren für die MIZ.

fen zu wollen, ob „Ergänzungen des Rechtsstatus“ notwendig seien, dahingehend verstanden werden, dass nach Wegen gesucht wird, die Sonderrechte, die der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts mit sich bringt, auch muslimischen Gemeinden oder Verbänden zu eröffnen, die keine Kirchenstruktur aufweisen.

Die Formulierung, dass „neuere, progressive und in Deutschland beheimatete islamische Gemeinschaften“ eingebunden werden sollen, würde in dem, was hinter der Formulierung vermutlich beabsichtigt ist, in der Tat einen Fortschritt darstellen. Sie weist deutlich darauf hin, dass die Zusammenarbeit der Kirchen mit Gruppierungen wie z.B. Ditib und IZH wie auch die Empfehlungen diverser, der religiösen Rechten zuzuordnenden Dialog-Partner durch die Kirchen an die Politik extrem kritikwürdig war und ist. Ein im Grunde ausländerfeindliches Vorurteil, ja ein verheerender Denkfehler besteht darin, dass „in Deutschland beheimatete“ islamische Gemeinschaften automatisch fortschrittlich seien. Zuletzt stellt sich hier aber auch die Frage, ob progressive religiöse Menschen eine Kooperation im genannten Sinne überhaupt gutheißen. Oft setzen sich gerade diese aufgrund ihrer Erfahrungen mit Fundamentalismus für eine strik-

Nächster TOP 5
Eidesleistung der Bundesministerinnen und
Bundesminister



Die neue Bundesregierung vor ihrer Vereidigung. (Fotos: © Deutscher Bundestag / Henning Schacht)

te Trennung von Staat und Religion ein. Sie wollen ihre Religion selbstbestimmt ergreifen und leben, sehen sie als Privatsache an, wollen sich weder von religiösen Führern und Vorsitzenden noch von einer konservativen Community gängeln lassen.

Trippelschritte

Der Koalitionsvertrag zeigt, dass im Bereich Religion und Gesellschaft eine Debatte, ob es noch zeitgemäß ist, „Religionsgesellschaften“ anders zu behandeln als sonstige gemeinnützige Vereine, die gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen verfolgen, wohl nicht vorgesehen ist. Dies widerspräche freilich in eklatanter Weise dem Anspruch der Koalition, „jeglicher Diskriminierung“ entgegenzuwirken. Denn die Gewährung von Privilegien kann durchaus als Diskriminierung derjenigen gesehen werden, die diese Privilegien ohne nachvollziehba-

ren Grund nicht erhalten. Und immer weniger Menschen sind heute noch davon überzeugt, dass Religionen allein und auf besondere Weise zur Werte- und Demokratiebildung einer Gesellschaft beitragen. Noch in dieser Legislaturperiode wird die Zahl der Kirchenmitglieder unter die 50%-Marke sinken und noch in diesem Jahrzehnt höchstwahrscheinlich die Zahl der Nichtgläubenden die Zahl der Gläubigen übertreffen.

Angesichts dessen ist das Festhalten am Status quo bestenfalls mutlos zu nennen. Die im Vertrag angekündigten Schritte waren längst überfällig; es sind jedoch allenfalls Trippelschritte auf dem Weg in eine moderne demokratische Gesellschaft, in der alle Bürger:innen (und ihre Vereinigungen) gleich behandelt werden. Die anvisierte Ausweitung der Sonderbehandlung der Kirchen auf weitere religiöse Vereinigungen bedeuten sogar Schritte zurück.

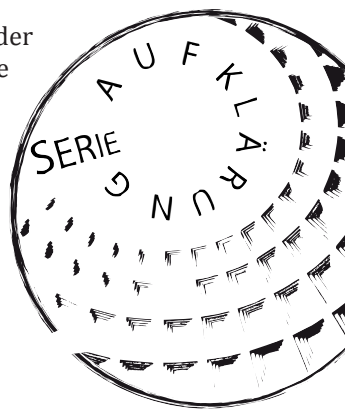
Christian Wolff und der Atheismus in China

Vor 300 Jahren, am 12. Juli 1721, hielt der Philosoph Christian Wolff (1679-1754) an der Universität Halle anlässlich der Übergabe des Prorektorsatsamtes eine denkwürdige „Rede über die praktische Philosophie der Chinesen“, die bis heute nicht nur unter Aufklärungsforschern bekannt ist, da sie einem kapitalen Atheismusstreit provozierte und als „Signal der Aufklärung“ (Michael Albrecht) gilt. Nach Denunziation durch die halleschen Theologen und zweijährigem Streit musste Wolff schließlich die Universitätsstadt und das Land Preußen am 8. November 1723 auf Befehl des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. „binnen 48 Stunden [...] bey Strafe des Stranges“ verlassen.

Erst seit kurzem wird diesem streitbaren Philosophen in Halle endlich auch mit einem eigenen Denkmal gedacht, wodurch dieses historische Ereignis einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht wird. Dank der von der noch jungen Wolff-Gesellschaft eingesammelten Privatspenden konnte der permanent klammen Saalestadt und der sich auf höchste Order bereitwillig kaputtsparenden Universität aus der Verlegenheit geholfen werden, die erstaunten Nachfragen chinesischer Besucher bezüglich eines fehlenden Zeugnisses oder Erinnerungsortes beantworten zu müssen. Dadurch kann zumindest in Halle der spontan entstandene Eindruck ausgeräumt werden, der Westen nehme es mit seinem liberalen Aufklärungspathos gegenüber China in eigener Sache gar nicht so genau. Für den aufgrund seiner atheistischen Ansichten verbannten Wolff ist das Denkmal schon die zweite Rückkehr, nachdem er bereits zu Lebzeiten 1740 von Friedrich II. rehabilitiert und als Professor für Natur- und

Völkerrecht sowie der Mathematik an die Universität zurückgeholt wurde. So konnte er hier, zusätzlich mit den Titeln des Geheimen Rates und des Vizekanzlers der Universität dekoriert, sein Leben doch noch geruhsam beschließen.

Worin bestand aber die Provokation Wolffs, welche die halleschen Theologen zu Beginn des 18. Jahrhunderts so gegen ihn aufbrachten, dass sie ihn schließlich erfolgreich beim König denunzierten? War es die offene Wertschätzung von Konfuzius, den Wolff mehr oder weniger gleichberechtigt neben Moses, Jesus und Mohammed stellte? Oder der moralische Wert, den er der nicht-christlichen konfuzianischen Kultur Chinas beimaß, die sich ganz ohne christlichen Offenbarungsglauben auf



Axel Rüdiger ist Postdoctoral Fellow am Institute of Korean Studies, Korea-Europa Programme an der Freien Universität Berlin und Lehrbeauftragter für politische Theorie und Ideengeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In der MIZ 3/20 stellte er anlässlich von dessen 200. Geburtstag den Religionskritiker Friedrich Engels vor.

natürlichem Weise auf dem Weg sittlicher Vervollkommenheit hin zu Tugend und Weisheit befinden sollte?

Tatsächlich war insbesondere die Annahme, wonach moralisches Handeln auch ohne religiösen Wunderglaube möglich sein sollte, damals innerhalb des christlichen Wertekosmos hochumstritten. Ausgerechnet die Chinesen sollten über ihre praktische Philosophie und die hierauf aufbauenden Institutionen Zugang haben zu den ewigen Naturgesetzen sittlichen Handelns? Jene moralischen Naturgesetze, die den Christen trotz ihrer exklusiven Offenbarungswahrheiten aufgrund der untüchtbaren Erbsünde verloren gegangen waren und nur mühsam und äußerst begrenzt über den Gebrauch der subjektiven Vernunft rekonstruiert werden konnten?

Ideengeschichtlich betrachtet, ist diese Wolff oft als individuelles Verdienst zugeschriebene Ansicht, aber gar nicht so neu und originell wie es auf dem ersten Blick erscheint. Denn der Topos der 'tugendhaften Heiden' wurde genaugenommen schon seit der Renaissancephilosophie diskutiert; zunächst am Beispiel der altbiblischen Ägypter und Hebräer, bald aber auch unabhängig von der Bibel in Bezug auf die griechische Philosophie der Antike. Inwieweit lassen sich, so wurde damals gefragt, diese nicht-christlichen Wissenstraditionen zur Bestätigung

christlicher Offenbarungswahrheiten heranziehen?

Im 17. Jahrhundert wurde diese Frage dann dank jesuitischer Übersetzungen erstmals auch auf die in Europa neuen chinesischen Wissensquellen übertragen, deren hohes Alter nach damaliger Ansicht auch eine gewisse historische Nähe zur göttlichen Schöpfung nahe legte. Im wahrsten Sinne des Wortes primitives Wissen galt noch nicht als Abwertung, sondern im Gegenteil als historische Wahrheitsgarantie. Dies sorgte für große Verwirrung, da die chinesischen Quellen möglicherweise älter waren als die Bibel und daher neben der christlichen Zeitrechnung auch die biblische Ursprungserzählung in Frage stellten.

Matteo Ricci (1552-1610), das erste Oberhaupt der Jesuitenmission in China, hatte die einflussreiche Theorie entworfen, wonach den alten konfuzianischen Texten und den hierauf aufbauenden traditionellen Institutionen und Sitten ein göttlicher Ursprungsfunkel zugrunde lag, an dessen Kontinuität die christlichen Mission legitimerweise anknüpfen könnte. Ohne dass es den Chinesen bewusst ist, wären sie demnach mental und habituell über ihre konfuzianische Tradition mit der jüdisch-christlichen Glaubenstradition verbunden, sodass beste Voraussetzungen für ihre bewusste Bekehrung beständen. Auf der anderen Seite erlaubte diese Sichtweise den Jesuiten, sich an die konfuzianische Kultur und ihre Rituale anzupassen und somit gute Chancen auf breite öffentliche Anerkennung in China zu bekommen. Diese Akkommodationsstrategie erwies sich tatsächlich als sehr erfolgreich, zumal die Jesuiten primär als konfuzianische Gelehrte auftra-

ten, deren besonderer Erfolg auf ihrer wissenschaftlichen Kompetenz insbesondere in Mathematik, Astronomie und Geographie beruhte, so dass sie bis zum Ende des 17. Jahrhunderts als einziger christlicher Missionsorden bis in die kaiserliche Machtzentrale im Hof von Peking vordrangen. Die Akkommodation an den Konfuzianismus und die vordergründig indirekte Propagierung des christlichen Glaubens über die praktische Nützlichkeit wissenschaftlicher Kompetenzen („*propagatio fidei per scientias*“) waren das Erfolgsrezept, das die Jesuiten zu engen Beratern des jungen Kaisers Kangxi (1654-1722) aus der neuen mandschurischen Qing-Dynastie werden ließen.

Der Erfolg in China wurde allerdings in Europa zum Problem, wo ein heftiger Streit über den vermeintlichen jesuitischen Atheismus ausbrach. Neben dem Neid der in China erfolglosen Missionsorden brach sich hierbei der Hass über die Rolle der Jesuiten in der Gegenreformation Bahn. Dem Vorwurf zufolge, hätten sich die Jesuiten in Peking faktisch in chinesische Konfuzianer verwandelt, was nicht durch die Bevorzugung der objektiven bzw. natürlichen Religionsgeschichte – in welcher der Konfuzianismus in die jüdisch-christliche Heilsgeschichte eingegliedert worden war – gegenüber dem subjektiven spezifisch christlichen Glaubensbekenntnis gerechtfertigt werden dürfe. Insbesondere aus protestantischer Perspektive war der individuelle Glaube an die christliche Offenbarung das einzig entscheidende Kriterium der Rechtgläubigkeit, der nicht durch allgemeine philosophisch-rationale oder historisch-genetische Überlegungen ersetzt werden kann.

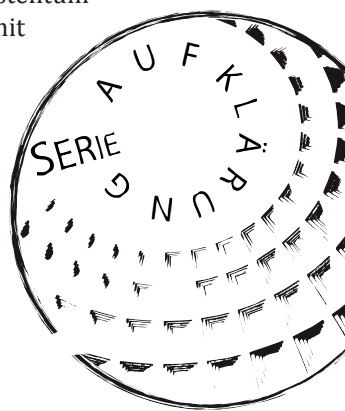
Insofern hätten sich die Jesuiten der Häresie und Ketzerei bedient, die notwendig zum Atheismus führen müsse.

Wie schon Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) vor ihm so intervenierte auch noch Wolff mit seiner Rede genau in diesen andauernden Streit, der inzwischen freilich zahlreiche diskursive Windungen und Wendungen durchgemacht hatte. Leibniz nahm in seiner Schrift *Novissima Sinica* (1697) offen für die Jesuiten Partei, weil er den zivilisatorischen Wert des europäisch-chinesischen Kulturaustauschs über die kleinteiligen Religionsstreitigkeiten stellte. Er ging gar so weit, eine wechselseitige Missionstätigkeit zu propagieren, die in China das Christentum

in Verbindung mit der modernen Wissenschaft sowie in Europa die moralisch-politische Weisheit konfuzianischer Institutionen verbreiten sollte. Auf diese Weise ließe sich das bisher

ausgebliebene universelle Versprechen der Reformation auf eine friedliche und glückliche Welt durch eine gleichberechtigte Kooperation mit dem chinesischen Imperium doch noch realisieren, ohne dass ein Erdteil Vorrang vor dem anderen erhielte.

Über Leibniz wurde China auch eine Option für die einsetzende Aufklärungsbewegung, „hatte man hier doch offenbar ein blühendes Staatswesen vor Augen, das“, wie der Sinologe Heiner Roetz schreibt, „zu seinem Funktionieren keiner Kirche bedurf-





Gedenktafel zu Ehren von Christian Wolff in seiner Geburtsstadt Breslau/Polen. (Foto: © Tomasz Rodziński/Bonio/wikimedia CC BY-SA 3.0)

te. China wurde zu einem mächtigen Zeugen für die Wirksamkeit der rein 'natürlichen Religion' oder, radikaler, der 'natürlichen Vernunft' – beides programmatische Kampfbegriffe der Aufklärung.“

Auch Wolff knüpfte an Leibniz an, konsultierte aber auch inzwischen neu übersetzte Quellen, die Leibniz noch nicht vorgelegen hatten. Dabei unterstellte er eine prinzipielle Strukturgleichheit zwischen seiner durch vernünftige Überlegung gewonnenen Philosophie mit der ursprünglichen Lehre des Konfuzius. Insofern kommen „die Gründe der Weisheit der alten Sineser“, so Wolff, „mit den Gründen meiner Weltweisheit genau überein“. Da die Chinesen, wie schon Ricci behauptet hatte, die „Quelle“ ihrer Grundsätze aber „nicht erkannten und überhaupt nicht zu den allgemeinsten Grundsätzen vordrangen“, nimmt Wolff für sich in Anspruch, ihre Lehre zu

vollenden und auf ihren vernünftigen Ausgangspunkt zurückzuführen. Damit wird der praktische Konfuzianismus auf eine vernünftige Metaphysik zurückgeführt, die mit der Vorstellung einer deistischen Vernunftreligion kompatibel ist. Deutlich hallt hier Riccis Theorie der habituell-unbewussten Verbundenheit des Konfuzianismus mit der göttlichen Heilslehre nach, was es Wolff ermöglichte, argumentativ den Platz der von Leibniz gewünschten chinesischen Vernunftmissionare einzunehmen, indem er die metaphysische Vernunft als Quintessenz des praktischen Konfuzianismus präsentiert.

Einen großen Raum nimmt in Wolffs Rede die Schilderung des vorbildlichen konfuzianischen Schul- und Bildungssystem ein, in dem ein rationales Prüfungssystem zugleich sozialen Aufstieg unabhängig von der individuellen Herkunft und kompetente Expertise für die chinesischen Institutionen ermöglichte. Hierüber konnten seine Ausführungen indirekt leicht als Angriff auf das in China unbekannte feudale System des Erbadels entziffert werden, welches daher auch in Europa durch ein reorganisiertes Bildungs- und Universitätssystem ergänzt oder besser noch ersetzt werden sollte. In diesem Kontext lässt sich auch die Attacke gegen die Vorherrschaft der Theologischen Fakultät und die Lehre des voluntaristischen Offenbarungsglaubens einordnen, deren akademisches Monopol durch die Emanzipation der Philosophie in Gestalt eines objektiven und nützlichen Wissens in Frage gestellt wird. Damit wird in Wolffs spektakulärer China-Rede faktisch jener berühmte Streit der Fakultäten eröffnet, in dem die Philosophie nach Wolff auch

in Immanuel Kant und Wilhelm von Humboldt bekannte Protagonisten findet und der schließlich in die völlige institutionelle Gleichberechtigung der Philosophischen Fakultät mündet.

„Mit voller Zustimmung und Sympathie“, schreibt die Politikwissenschaftlerin Eun-Jeung Lee, „erklärt Wolff auch, daß die Chinesen nicht aufgrund der Geburt, sondern allein aufgrund persönlicher Verdienste den Adelstitel verliehen bekämen. Dieser sei nicht vererbbar, d.h. er werde nicht an die Kinder mitverliehen, statt dessen aber dem Vater des Geadelten, da der Vater sich den Adelstitel durch die gute Erziehung seines Sohnes verdient habe. Diese Einrichtung entspräche auf vorzügliche Weise dem Naturrecht.“

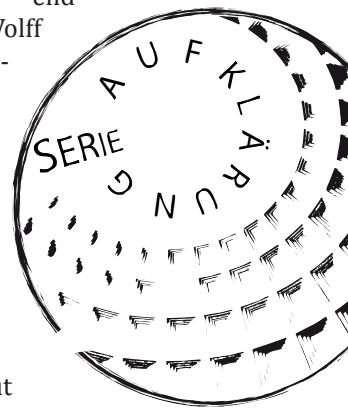
In der Tat lässt sich die von Joachim Lange (1670-1744) – dem Wortführer der halleschen Theologen und Nachfolger Wolffs im Prorektoratsamt – vorgebrachte Verteidigung des individualistischen Offenbarungsglaubens gegen den chinesischen Atheismus des Philosophen in dieser diskursiven Konstellation als gemeinsame Artikulation des akademischen Privilegs der Theologische Fakultät mit dem oligarchischen Privileg des feudalen Erbadels begreifen. Wolffs Anklage und Verbannung lässt sich deshalb als konzertierte Aktion der traditionellen Privilegienträger in Universität und Staat deuten, die sich diskursiv im Atheismusvorwurf bündeln. Vor diesem Hintergrund sollte daher auch Langes Kritik gesehen werden, die in Wolffs kausaler Philosophie eine deterministische Absage an die subjektiven Freiheit sieht, die mit dem Christentum nicht vereinbar ist.

Das zur endgültigen Klärung der Anwürfe gegen Wolff an der Universität

Jena erstellte Gutachten von dem allerdings keineswegs unparteiischen Theologieprofessor Johann Franz Buddeus (1667-1729) gibt Lange 1724 letztlich recht. Hierin wird der Leibniz-Wolffianischen Philosophie in zahlreichen Punkten eine grundsätzlich atheistische Tendenz attestiert. Ausdrücklich genannt werden die Leugnung der göttlichen Vorsehung, die Ableitung des Bösen aus der göttlichen Wahl der besten Welt und die Theorie der prästabilisierten Harmonie in der kausalen Funktion von Körper und Geist, welche der subjektiven Freiheit widerspreche. Insbesondere das letzte Argument soll dem preußischen Soldatenkönig beeindruckt und endgültig gegen Wolff eingenommen haben, da er um die Rechtfertigung des brutalen Strafsystems nicht nur in der preußischen Armee fürchtete.

Mit Abstand am gefährlichsten ist laut Buddeus aber die Behauptung Wolffs, „daß ein Recht der Natur seyn könne, wenn man gleich glaubet, daß kein Gott sey“, weil damit „alle moralité und die Grundsätze aller Religion umgestossen werden, so, daß bey solchen hypotheibus nicht einmahl eine heydnische, viel weniger Christliche Religion bestehen kann“.

Tatsächlich hatte Wolff in seiner Ethik erklärt, dass „das Gesetz der Natur durch die Natur festgestellt worden“ ist und daher selbst dann gelte, „wenn auch gleich der Mensch keinen Oberen





Jesuiten traten primär als konfuzianische Gelehrte auf und drangen so bis in die kaiserliche Machtzentrale im Hof von Peking vor. (Fotos: © pixabay.com)

hätte, der ihn dazu verbinden könnte; ja es würde statt finden, wenn auch gleich kein Gott wäre“. Folglich kann der Mensch prinzipiell „nicht [durch] die Atheisterei zum bösen Leben“ verleitet werden, „sondern seine Unwissenheit und sein Irrthum von dem Guten und Bösen, aus welcher Quelle auch bey anderen, die keine Atheisten sind, ein unordentliches Leben und unrichtiger Wandel entspringet“. Auch wenn Wolff nach eigener Aussage damit nicht „den Atheisten das Wort reden wollte“, bekennt er dennoch mutig: „Ich kann aber auch nicht wieder die Wahrheit seyn.“

Bei diesen klaren Aussagen ist es wenig verwunderlich, wenn die Theologen ihm analog zu Sokrates vorwarfen, die studentische Jugend zu verderben, die dadurch laut Lange „Verächter aller guter Ordnung, auch Gottes und seines Wortes geworden sind“.

Wenn Wolff es seinerzeit für eine „göttliche Vorsehung“ hielt, „daß in un-

serem Zeitalter, in dem anscheinend die meisten, die sich Christen nennen, von der christlichen Tugend leider weit entfernt sind, die Philosophie der Chinesen uns näher bekannt wird“, dann lässt sich dies vielleicht auch ein Stück weit auf unsere vermeintlich aufgeklärte Zeit übertragen, in der sich zwar viele ihrer Repräsentanten für aufgeklärt halten, ohne doch der Tugend der Aufklärung wirklich nahe zu sein. Das mag auch daran liegen, dass „die Rolle Chinas für die Aufklärung [...] im Anschluss daran“, wie Roetz feststellt, „aus dem historischen Gedächtnis des Westens gestrichen worden [ist].“ Auf der anderen Seite kann aber auch gefragt werden, warum Chinas zumindest indirekter Beitrag zur Aufklärung und Menschenrechtsrevolution bis heute noch keine direkte Alternative zum „kapitalistischen Realismus“ (Mark Fisher) und der sich ausbreitenden Postdemokratie hervorgebracht hat.

Säkulares Studienwerk

Die säkulare Szene hat endlich ein eigenes Studierendenwerk. Der Gründung des *Bertha von Suttner-Studienwerks* waren langjährige Beratungen vorausgegangen, bei denen die vier beteiligten Organisationen, der *Humanistischer Verband Deutschlands*, die *Giordano-Bruno-Stiftung*, die *Humanistische Akademie Deutschlands* sowie die *Bundesarbeitsgemeinschaft humanistischer Studierender* ihre unterschiedlichen Stärken und Vorstellungen in das Projekt haben einließen lassen. Zentrales Ziel der Organisation ist es, außergewöhnliche junge Menschen fördern, die sich für den Humanismus und sich somit für eine gerechte Gesellschaft und eine wissenschaftliche Weltsicht einsetzen. Auf der Website des Studienwerks kann man sich nun umfassend über die Möglichkeiten informieren, die den Studierenden geboten werden. Diese sind derzeit allerdings noch begrenzt. In der Startphase vergibt das Studierendenwerk 10 Stipendien in Höhe von 300 Euro monatlich. Es wird jedoch angestrebt, dieses Engagement zu erweitern, wenn es gelingt, eine staatliche Förderung zu erhalten. Welche Voraussetzungen man für die Stipendien mitbringen muss und welche Termine man einzuhalten hat, kann man der Website entnehmen. Zudem findet man umfangreiche Informationen über den säkularen Humanismus und die beteiligten Organisationen.

<https://suttner-studienwerk.de>

Aufklärung über Impfstoffe

Impfungen haben dafür gesorgt, dass Krankheiten wie Tetanus, Kinderlähmung, Diphtherie, Keuchhusten, Masern, Röteln oder Mumps heute ihren Schrecken verloren haben. Dennoch existieren diese Krankheitserreger weiterhin und es ist deshalb unerlässlich, dass sich die Bevölkerung impfen lässt. Aufklärung ist daher wichtig und auf der Schweizer Seite *Infovac* finden sich die passenden Informationen in leicht verständlicher Sprache. Selbstverständlich widmet sich das Portal auch den neu verfügbaren Impfstoffen gegen Corona. In sachlicher Weise werden Einwände widerlegt und die Wichtigkeit der Impfung erläutert. Die übersichtliche Gestaltung erleichtert das Suchen. Wer also noch Fragen zu Impfungen hat, sollte dieser Seite unbedingt einen Besuch abstatten.

<https://www.infovac.ch/>

Quer denkende Propheten

Die Querdenkerszene hat zweifellos mit ihren Lügen und Verdrehungen maßgeblich dazu beigetragen, dass die Pandemie in Deutschland so dramatische Folgen angenommen hat. Welcher Abgrund an Dummheit sich dabei im Laufe der Zeit so angesammelt hat, dokumentiert die Seite *Die Prophezeiungen der Querdenker*. Der Betreiber hat sich die Mühe gemacht, Prognosen und Vorhersagen von Protagonisten der quer denkenden Szene zu sammeln und auszuwerten. Dabei kam selbstredend heraus, dass die Szene nur ausgesprochen selten richtig lag und sich stattdessen häufig bis auf die Knochen blamiert hat.

<https://prophezeiungenderquerdenker.com>

Parallelwelten für Impfgegner

Die Impfgegnerszene im deutschsprachigen Raum ist nicht nur gut vernetzt, sie ist inzwischen dank der Corona-Pandemie so stark angewachsen, dass es möglich ist, sich in eine Parallelwelt zu flüchten. Wie das im Zeitalter des Internets funktioniert, zeigen exemplarisch die beiden Seiten *impffrei.love* und *impffrei.work*. Wahlweise kann man dort nach ungeimpften Liebespartnern suchen oder einen Job finden, bei dem der Arbeitgeber garantiert nicht nach einen Impfpass fragt. Beide Seiten sind übrigens professionell gestaltet und durchaus gut besucht.

<https://impffrei.love> | <https://impffrei.work>

Hifi ohne Esoterik

Eigentlich sollte man glauben, dass Menschen, die sich für Technik begeistern, nicht besonders empfänglich für Esoterik sind. Im Falle von Hifi-Enthusiasten ist dies allerdings längst nicht immer so. In der Branche wird tatsächlich jede Menge Geld mit fragwürdigen Produkten ohne nachvollziehbaren Nutzen verdient. Da werden mitunter 1000 Euro für Lautsprecherkabel verlangt oder es sollen CDs nach dem „Entmagnetisieren“ besser klingen. Solchen Mythen stellt sich der Betreiber der Seite *Hifi Aktiv* entgegen. Er schreibt auf seiner Website: „Fest steht, die Audiowiedergabe und die Komponenten dazu folgen nur der Physik, bzw. den Naturgesetzen. Esoterik und Voodoo haben hier nichts verloren. Leider wird mit dem Unwissen, mit der Gutgläubigkeit und

mit der leichten Suggestionsfähigkeit der meisten Interessenten ein recht böses Spiel gespielt. Mein Ziel ist es, hier aufzuklären, ohne zu missionieren.“

<https://www.hifiaktiv.at/>

Lydia Benecke

Lydia Benecke hat sich als Kriminalpsychologin und Autorin in Deutschland einen Namen gemacht. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Paraphilien, Persönlichkeitsstörungen, Subkulturen sowie Sekten. Seit vielen Jahren ist sie sehr prominent in den Medien vertreten und stellt ihre Expertise unterschiedlichen Formaten zur Verfügung, die sich mit Kriminalfällen beschäftigen. Benecke gehört außerdem dem Wissenschaftsrat der *Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften* an. Im Rahmen dieses Engagements widmet sie sich u.a. der psychologischen Betrachtung des Vampir-Motivs, der Vampir-Subkultur, des Aberglaubens und der Homöopathie. Wer mehr über Lydia Benecke und ihre spannende Tätigkeit wissen möchte, findet auf ihrer Homepage weitere umfassende Informationen.

<https://www.lydiabenecke.de/>

Gerhard Ramm

Neulich ...

... am Ursprung der Fake News

kam dem Papst eine grandiose, geradezu göttliche Idee. Schon Ende April rief er zu einem Sturmgebet gegen die Pandemie auf. Einen „Gebets-Marathon“ hatte er sich Mai gewünscht: Gläubige in aller Welt sollten den Rosenkranz beten, „für ein Ende der Corona-Pandemie und ein Wiederaufleben des sozialen und wirtschaftlichen Lebens“, wie *Radio Vatikan* berichtete.

Wie die Geschichte weiterging, ist bekannt. Corona boomte so stark, dass die Gebetsheiler nicht einmal ihre übliche Ausrede anbringen konnten, Gott habe Corona gesandt, weil *nicht genug* zu ihm gebetet worden sei. So kam der Papst beim Jahresrückblick an Silvester auf eine originelle Idee: Die Gläubigen müssten Gott für das Jahr 2021 *trotz Corona* danken. Warum, bleibt unklar, aber damit räumte er ein, dass der angeblich allmächtige Gott logischerweise auch für Corona verantwortlich sein muss.

Nun hatten auch in der Vergangenheit religiöse Spitzenfunktionäre öfters „Gebetsoffensiven“ gestartet, mal für Regen bei Dürre, mal für Trockenheit nach Überschwemmungen. Das Ergebnis blieb offen, der Normalzustand stellte sich nach einiger Zeit mit und ohne Gebete wieder ein. Das Erdbeben vor Lissabon mit nachfolgender Überschwemmung 1755 machte die Gläubigen besonders nachdenklich: Die reichen Klöster und Kirchen nahe dem Ufer verschwanden im Wasser, das Rotlichtviertel am Berghang

blieb unversehrt. Ob Gott womöglich Prostitution eher duldete als priesterliche Knabenliebe?

Einen Erfolg muss man den Kirchen in diesen Zeiten jedoch lassen: Sie haben daran erinnert, dass der Begriff *fake news* zwar von Trumps Horden geprägt wurde, dass aber weder sie noch die Coronaleugner das Patentrecht für sich reklamieren können. Die Gemeinsamkeit aller Religionen besteht darin, dass sie Vermutungen und Hypothesen als Wahrheit verkaufen. Sobald Historiker oder Naturwissenschaftler ein Detail als unglaublich oder unmöglich klassifizieren, wird es eben zur „Legende“ – außer es rüttelt am Fundament. So wie etwa die Erkenntnis, dass nicht Jesus, sondern Paulus (der Jesus nie traf) das Christentum gegründet hat, während die überlebenden Jesus-Anhänger als Augenzeugen darauf bestanden, dass Jesus als Jude das Judentum reformieren, nicht aber eine neue außerjüdische Religion gründen wollte. Bekanntlich setzte sich Paulus durch, weil er, der griechischen und lateinischen Sprache mächtig, die „Medienmacht“ hatte und ausnutzte. Da er unmöglich im Römischen Reich eine Religion verbreiten konnte, deren Hauptfigur von Römern umgebracht wurde, wurden schon in den ersten Evangelien „die Juden“ als Schuldige hingestellt, obwohl nahezu alle Historiker diese Version als äußerst unwahrscheinlich ansehen.

An diesen wohl folgenswerteren Fake News der Geschichte rühren die Kirchen nicht – dagegen sind naive Corona-Gebete harmlos.

Internationale Rundschau

Europa

Deutschland

(5530) **Nürtingen.** Die Suche nach neuen Mitgliedern in der esoterisch-naturreligiösen Szene treibt in der evangelischen Kirche kuriose Blüten: Sie stellte eine Pfarrerin an, die auf die Arbeit mit Lamas spezialisiert ist und Pilgerwanderungen mit Lamas durchführt. Auch innerhalb der Protestanten wurden Zweifel laut, ob eine solche Kirche überhaupt noch ernst zu nehmen ist. An Geldknappheit kann die württembergische Landeskirche jedenfalls nicht leiden, kostet die Teilzeitstelle doch monatlich rund 4000 Euro plus die Versorgung der Tiere. (Informationsbrief der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, September 2021)

(5531) **Köln.** Nach einer von *Bild* in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage des katholischen Instituts *Insa* wollen 61 Prozent der 22 Millionen deutschen Katholik_innen, dass der Papst den Kölner Kardinal Woelki sofort abberuft. Sogar 70 Prozent sprachen sich dafür aus, „dass alle 27 deutschen Ortsbischöfe dem Papst ihren Rücktritt anbieten, weil die Kirche insgesamt in der Missbrauchsaffäre versagt“ habe. (Augsburger Allgemeine, 21.9.21)

Anm. *MIZ*-Red.: Die Umfrage wurde noch vor der Entscheidung des Papstes durchgeführt, die beiden Kirchenfürsten Heße (Hamburg) und Woelki (Köln) im Amt zu belassen, obwohl diese selbst gravierende Fehler eingeräumt hat-

ten. Dies muss auch der Papst so gesehen haben, denn sonst hätte er Woelki nicht in eine fünfmonatige Auszeit geschickt. Selbst hochrangige Katholiken äußerten Unverständnis über seine in sich inkonsequente Entscheidung; der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken schrieb treffend: „Es ist völlig unklar, was am Ende einer solchen Auszeit stehen kann und sie ist nicht geeignet, um verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen.“ (*Heinrichsblatt*, 3.10.21) Einig sind sich alle Beobachter, dass die päpstliche Entscheidung den Exodus aus der Kirche weiter vorantreiben wird.

(5532) **Köln.** Die CDU führte ihr schlechtes Ergebnis bei Konfessionsfreien auch auf die Tatsache zurück, dass Laschets erzkatholischer Büroleiter immer wieder öffentlich erwähnt wurde (vgl. dazu *MIZ* 2/21, S.11). Deutlich wurde dies am Tag nach der Wahl auch in einem Interview des Kölner *Domradio* mit dem Leiter des katholischen Büros in NRW, Domkapitular Antonius Hamers:

„Domradio.de: Im Wahlkampf wird mit harten Bandagen gekämpft. Immer wieder wurden auch Halbwahrheiten über Laschets Berater Nathanael Liminski verbreitet. Er sei ein 'erkonservativer Katholik', war da unter anderem zu hören. Wie haben Sie das empfunden?

Hamers: Mich hat das sehr geärgert. Auch, dass es in der letzten Woche nochmal wieder, ich glaube bei der Talksendung *Markus Lanz*, vom SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans thematisiert worden ist. Ich habe damals schon gesagt, als es zum ersten Mal in dem SPD-Wahlwerbespot thematisiert worden ist, dass ich es nicht gut finde. Mehr noch, ich finde es sehr ärgerlich, wenn mit der religiösen

Zugehörigkeit Politik gemacht wird und vor allem wenn wir als Katholiken in eine Ecke gestellt werden oder wenn mit katholischen Klischees gespielt wird, um uns auf diese Weise zu diskreditieren. Denn zunächst mal sind wir dazu gerufen und gehalten, auch aus unserem Glauben heraus Politik zu machen, so wie andere Leute auch aus ihrer Weltanschauung und ihrer Grundhaltung heraus Politik machen.“ (*Vatican News*, 27.9.21; *Domradio Köln*, 27.9.21)

Anm. MIZ-Red.: Genau hier ist daran zu erinnern, dass in der Vergangenheit in vielen einzelnen Fällen Kirchenvertreter oder CSU-Lokalpolitiker politische Konkurrenten an den Pranger gestellt haben, weil diese konfessionslos waren. Aber da handelte es sich natürlich nicht um „harte Bandagen“, sondern um Ausdruck christlicher Nächstenliebe ...

(5533) **Limburg.** Bischof Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hat erneut verdeutlicht, dass sich die katholische Kirche mit der aktuellen Rechtslage bei der Sterbehilfe nicht abfindet. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2020 stelle Suizid als höchsten Ausdruck der Selbstbestimmung dar; damit könne sich die Kirche nicht zufriedengeben. Gleichzeitig lobte der Limburger Bischof den intensiven Austausch mit der Politik über das Thema. Politiker über die Parteigrenzen hinweg seien bestrebt, ein neues Gesetz zur praktischen Umsetzung der Suizidhilfe so streng und eng wie möglich zu fassen.

Während in der evangelischen Kirche eine Minderheit vorschlug, Suizidbeihilfe in kirchlichen Einrichtungen zu erlauben, betonte der Bischof: „Für die

katholische Kirche ist das nicht möglich. Wenn der Wunsch eines Menschen nach Suizid beständig bleibt, dann kann er bei uns dafür keine Hilfe finden.“ Vielmehr wolle sich die Kirche „bis zum letzten Punkt mit allen Diensten bemühen, den Weg zurück ins Leben zu weisen“. (*KNA*, 9.10.21; *Vatican News*, 9.10.21)

(5534) **Köln.** Die Kölner Stadtregierung hat ein auf zwei Jahre angelegtes „Pilotprojekt“ initiiert, das es einem Muezzin erlaubt, wöchentlich vor dem Freitagsgebet per Lautsprecher folgenden Text in die Öffentlichkeit herauszurufen: „Allah ist der Allergrößte! Ich bezeuge, dass es keine Gottheit außer Allah gibt, ich bezeuge, dass Mohammed der Gesandte Allahs ist – auf zum Gebet – auf zum Erfolg!“

Der Vorstoß stieß auf heftige Kritik von verschiedenen Seiten. Laizisten erkennen darin einen klaren Verstoß gegen die Pflicht der Kommune zur weltanschaulichen Neutralität. Der islamkritische Publizist Hamed Abdel-Samad sieht eine verfassungswidrige Bevorzugung einer Minderheit. „Atheisten, Hindus und Veganer dürfen das nicht. Nur die Minderheit der Muslime darf jetzt an 35 Orten in Köln jeden Freitag fünf Minuten ihre Ideologie herausposaunen“. Vergleichbar mit Kirchenglocken sei der Ruf für ihn nicht, aber er hält auch Kirchengeläut für „nicht mehr zeitgemäß im aufgeklärten Staat“.

Auch die Leiterin des *Forschungszentrums Globaler Islam* in Frankfurt am Main meinte, der Muezzinruf sei nicht mit dem christlichen Glockenläuten gleichzustellen, denn im Gegensatz zu den nonverbalen Kirchenglocken beinhalte dieser nämlich die klare Botschaft, dass

Allah der Größte sei. Außerdem komme eine Genehmigung des Rufes zum Freitagsgebet vor allem Vertretern des politischen Islam zugute, etwa der *Ditib*, der „Türkisch-islamischen Union der Anstalt für Religion“, die in Köln viele Moscheen betreibe. Der frühere Präsident des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichts, Michael Bertrams, sieht die *Ditib* „als verlängerten politischen Arm des türkischen Präsidenten Erdogan“. Er bezeichnete die Genehmigung des Muezzinrufes in einem Interview des *Kölner Stadt-Anzeigers* für Erdogan als „politischen Triumph ersten Ranges“.

Lob für das Projekt kam von muslimischen Einrichtungen. Die *Ditib* bezeichnete das Pilotprojekt als „Ausdruck der Beheimatung der Muslime, die bereits seit Generationen in Deutschland als selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft leben“. Einer Umfrage des Bonner *General-Anzeigers* zufolge lehnen drei Viertel der Menschen in Deutschland ab, dass der Muezzinruf genauso selbstverständlich zu hören sein sollte wie Kirchenglocken. 64 Prozent wollen dies sogar „auf keinen Fall“. (*Radio Vatikan*, 16.10.21)

(5535) **Berlin.** Der traditionelle ökumenische Gottesdienst vor der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestags geriet zu einem nie dagewesenen Fiasko für die Veranstalter. Von den über 1200 neuen und scheidenden Parlamentsmitgliedern sowie rund tausend Bundestags-Mitarbeitern nahmen ganze 150 teil. Die *Katholische Nachrichten Agentur* schrieb wörtlich: „Aus der ersten Reihe der möglichen Ampelkoalition kam kaum einer

in die evangelische Marienkirche in Berlin-Mitte.“ Neben Bundespräsident Steinmeier nahmen sich nur Ex-Kanzlerin Merkel und Alterspräsident Schäuble Zeit für die Anwesenheit. (*KNA*, 26.10.21)

(5536) **Metten/Deggendorf.** Das vom Aussterben bedrohte Kloster Metten wird mit öffentlichen Mitteln zum Hochschulstandort aufgerüstet. Es räumte dem Freistaat Bayern ein Erbbaurecht auf dem Klosterareal ein, wo die Technische Hochschule Deggendorf ihre Gesundheits-Studiengänge mit 1400 Studienplätzen unterbringen will. Dafür verpflichtete sich der Staat, neben den Kosten für die neu zu errichtenden Gebäude auch die gesamten Aufwendungen für die Renovierung und den Umbau des denkmalgeschützten Klosters zu übernehmen. Außerdem zahlt das Land Bayern für die Nutzung der Mensa und der Sportanlagen des ordenseigenen Gymnasiums eine nicht unerhebliche Summe, über deren genaue Höhe bisher nichts bekannt wurde. Das Kultusministerium gab unumwunden zu, das Kloster „in seinem Bemühen um den Erhalt der eigenen Gebäude und damit seiner Identität“ zu unterstützen, sprach aber auch von eigenen Vorteilen. Kritiker bemängeln hingegen, der Freistaat mache sich auf Jahrzehnte hinaus von dem Kloster abhängig. (Pressemitteilung des Bayerischen Kultusministeriums, 18.10.21; *Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung des Erzbistums Bamberg, 31.10.21)

(5537) **München.** Die Grünen haben im bayerischen Landtag erneut den Antrag eingebracht, das Tanzverbot an den

„stillen Tagen“ aufzuheben. Sie wollen Kultur- und Tanzveranstaltungen mit Sportereignissen gleichstellen. Der *Bund für Geistesfreiheit* Augsburg wies darauf hin, dass die weltanschauliche Diskriminierung weit stärker ins Gewicht falle als die kulturpolitische und sprach von einer „Verletzung der Religionsfreiheit, zu der ja auch die Freiheit gehört ein nichtreligiöses Leben zu führen“. Da nur fünf von acht Bayern Kirchenmitglied seien und davon selbst nach kirchlichen Angaben mehr als ein Drittel gar nicht christlich eingestellt sei, „will hier eine religiöse Minderheit einer andersdenkenden Mehrheit vorschreiben, wie diese einen Teil ihrer Freizeit (nicht) verbringen darf. Das ist untragbar.“ (*dpa*, 28.10.21; Pressemitteilung des *bfg* Augsburg, 2.11.21)

Bei der Abstimmung fand der Antrag nur die Zustimmung von Grünen und FDP, deren Fraktionsvorsitzender argumentierte, es sei nicht Aufgabe des Staates, den Menschen vorzuschreiben, wie sie die Tage verbringen sollen – solange niemand anderes gestört werde. Die SPD sprach sich gemeinsam mit AfD, CSU und Freien Wählern gegen den Antrag aus. (*Augsburger Allgemeine*, 12.11.21)

(5538) **München.** Das mit Spannung erwartete Gutachten zum Umgang von Verantwortungsträgern mit Fällen sexueller Gewalt im Erzbistum München und Freising, das schon Mitte 2021 fertig sein sollte, wird nun in der dritten Kalenderwoche 2022 vorgestellt. Die Verzögerung, teilte die Kanzlei WestpfahlSpilkerWastl (WSW) mit, beruhe darauf, „dass wir in der jüngeren Vergangenheit neue Erkenntnisse gewonnen haben, die kurzfristig einer intensiven Überprüfung un-

terzogen werden müssen“. In den Untersuchungszeitraum von 1949 bis 2019 fällt auch die Amtszeit von Kardinal Ratzinger (1977-1982), in der ein des sexuellen Missbrauchs verdächtigter Priester von Essen nach München versetzt wurde, dem dort weitere Missbrauchstaten vorgeworfen wurden. (*Süddeutsche Zeitung*, 4.11.21)

(5539) **Passau.** Der ansonsten eher konservative Bischof Oster hält die Bekämpfung des „geistlichen Missbrauchs“ für vordringlich in der katholischen Kirche. Dabei handle es sich um „ein diffuses Feld, das uns einholen wird“, so Oster. (KNA, 13.11.21)

Anm. *MIZ*-Red.: Die *Katholische Nachrichten Agentur* definierte dieses Phänomen so: „Bei geistlichem Missbrauch nutzen Seelsorger gezielt den Glauben ihrer Opfer, um diese zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren, etwa indem sie sich auf ‘Gottes Willen’ berufen. Oft tritt geistlicher Missbrauch auch in Kombination mit anderen Formen des Missbrauchs auf, etwa dem sexuellen, was bei den Opfern für zusätzliches Leiden sorgt.“

Was Kleriker und Theologen dabei allerdings übersehen: Selbst wenn wir – rein hypothetisch – von der Existenz eines nicht nachweisbaren übernatürlichen Phänomens ausgehen, das angeblich das gesamte Universum geschaffen habe, dann wären sämtliche Menschen einschließlich der Religionsführer viel zu winzige Mikroben, um ein solches göttliches Phänomen zu begreifen oder gar in der Lage zu sein, irgendeinen nachweisbaren Kontakt z.B. durch Gebete herzustellen. Daher ist jedes Phantasieren von Religionsgemeinschaften über den angeblichen Willen „Gottes“ als geist-

licher Missbrauch anzusehen – sei es als unbeabsichtigte Form der übertragbaren Selbsttäuschung oder sei es als Form der gezielten Manipulierung anderer.

(5540) **Augsburg.** Erhebungen in den Standesämtern diverser südbayerischer Groß- und Kleinstädte ergaben übereinstimmend, dass die Kirchenaustrittszahlen bereits Mitte November 2021 das Rekordniveau von 2019 übertroffen haben. Daher erscheint es sogar möglich, dass die beiden Großkirchen in Deutschland erstmals binnen eines Jahres insgesamt mehr als eine Million Mitglieder verlieren. Seit 2017 (663.000) ist dieser Gesamtverlust jedes Jahr gestiegen: 2018 waren es 704.000, 2019 schon 829.000 und 2020 schließlich 884.000. Mit Spannung wird nun erwartet, ob die beiden Kirchen bereits Ende 2021 weniger als die Hälfte der Einwohner Deutschlands in ihren Reihen haben oder ob dies erst bis Februar 2022 der Fall sein wird. Erfahrungsgemäß geben die Kirchen ihre statistischen Eckdaten Mitte des Folgejahres bekannt. (Eigenmeldung der *MIZ*)

Frankreich

(5541) **Paris.** Religiöser Glaube und konfessionelle Bindung verlieren auch in Frankreich zusehends an Bedeutung. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *IFOP* leben 51 Prozent der Französischen und Franzosen ohne jeden Gottesglauben, gleich welcher Religion oder Konfession. Befragt wurden im August 2018 repräsentativ ausgewählte Erwachsene.

Der Glaubensschwund vollzieht sich offenbar langsam, aber stetig. 1947 hatten sich noch 66 Prozent als gläubig bezeichnet, 2004 war die Quote bereits auf 56 Prozent gesunken, 2021 fiel sie unter die Hälfte. (*Humanistischer Pressedienst*, 4.10.21)

Anm. *MIZ*-Red.: Da in Frankreich Staat und Kirche strikt getrennt sind, gibt es keine offiziellen Angaben zur Mitgliederzahl der Religionsgemeinschaften. Laut Umfragen der letzten Jahre bezeichnet sich rund ein Viertel der 67 Millionen Einwohner als katholisch und ein weiteres Viertel als katholisch getauft, aber den Glauben nicht oder kaum praktizierend. Ein Drittel der Einwohner gilt als überzeugt konfessionslos, neun Prozent als muslimisch, drei als evangelisch und ein Prozent als jüdisch.

(5542) **Paris.** Eine selbst für katholische Verhältnisse unfassbare Zahl von rund 216.000 minderjährigen (und zu vier Fünfteln männlichen) Missbrauchsoptionen hat eine unabhängige Kommission ermittelt, die seit Februar 2019 den kirchlichen Umgang mit Missbrauchsfällen in Frankreich untersucht. Dabei sind hier nur die sexuellen Übergriffe durch Priester oder Ordensleute seit den fünfziger Jahren erfasst. Die Zahl wächst auf etwa 330.000 Opfer, wenn man in den Kreis der Täter auch kirchliche Angestellte einbezieht.

Auf 2900 bis 3200 Täter im Priester- oder Ordensgewand im Lauf der letzten 70 Jahre kommt der Bericht, den der Vorsitzende der Untersuchungskommission, der frühere Richter Jean-Marc Sauvé, bei einer

Pressekonferenz an Kirchenverantwortliche übergab. Auch die Bischöfe und Ordensoberen räumten ein, dass die 2500 Seiten der Kirche Frankreichs ein verheerendes Zeugnis ausstellen.

Zwar konnte die genaue Zahl von Opfern und Tätern noch gar nicht festgestellt werden, doch bescheinigte selbst der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Éric De Moulins-Beaufort, den Prüfern, sie hätten „formidable Arbeit geleistet“. Die Kommission hatte sich durch die Archive von Bistümern und Staatsanwaltschaften gearbeitet sowie mit Hunderten von Opfern gesprochen – in etwa 26.000 Stunden ehrenamtlichen Einsatzes.

„Die Kirche sollte den Opfern gegenüber ihre Verantwortung für das, was geschehen ist, anerkennen“, forderte Sauvé. „In einer Reihe von Fällen haben Verantwortliche der Kirche Verbrechen nicht angezeigt, ja sogar Kinder Risiken ausgesetzt, indem sie wider besseres Wissen den Kontakt von Tätern zu Kindern nicht unterbunden haben. Vor allem aber gab es ein Ensemble der Nachlässigkeit, des Schweigens, eine Absicherung der Institution – und das hatte systemischen Charakter.“ Bis in die 2000er-Jahre habe die Kirche eine „tiefe, grausame Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern“ gezeigt. Erst seit 2015 ändere sich ihre Einstellung langsam.

Die Kirchenfürsten zeigten sich betroffen und zerknirscht, legten sich aber in der Frage einer finanziellen Entschädigung nicht fest. Beobachter erwarten, dass die katholische Kirche nur die Summe zahlt, die die Strafjustiz nun in einzelnen Verfahren festlegt. Die meisten Fälle aber sind verjährt.

Sauvé gab auch 45 konkrete Empfehlungen ab. Eine Änderung des Kirchenrechts sei dringend geboten.

Außerdem dürfen (innerkirchliche) kanonische Prozesse gegen Täter nicht unter v llichem Ausschluss der Opfer über die Bühne gehen. „Die Opfer sind die großen Abwesenden bei diesen Prozessen. Es kann doch nicht sein, dass Opfer durch ihre Anzeige einen kanonischen Prozess auslösen, aber erst Jahre später erfahren, dass der Prozess vorüber ist und dass der Täter – auch das hat es gegeben – nur zu einer Wallfahrt verurteilt worden ist.“

Auch mit dem Beichtgeheimnis hat sich die Kommission beschäftigt und lange darüber diskutiert. Ergebnis: Das Beichtgeheimnis dürfe kein Hindernis dafür sein, dass schwere sexuelle Handlungen gegenüber Minderjährigen oder verletzlichen Personen zur Anzeige gebracht werden. „Uns ist klar, dass das ein sehr sensibler Punkt ist. Aber aus Verantwortung trifft die Kommission diese Empfehlung, und auch ich persönlich stehe dahinter.“ Ein Vertreter von Missbrauchsopfern kam in einer kurzen Stellungnahme, an die anwesenden Kirchenleute gewandt, zu dem einprägsamen Fazit: „Meine Herren, Sie sind eine Schande für die Menschheit“. (*Vatican News*, 5.10.21; *Tagesschau*, 5.10.21; *Augsburger Allgemeine*, 6. u. 7.10.21)

Griechenland

(5543) **Kythera.** Auch nach dem dramatischen Anstieg der Corona-Infektionen bleibt ein Teil des griechischen Klerus unbelehrbar. Noch zu Jahresbeginn hatten sich sämtliche orthodoxe Bischöfe geweigert, die staatlichen Schutzvorschriften zu beachten, indem sie ihre Gottesdienste samt dem gemeinsamen rituellen K ssen von geweihten Zweigen beibehielten und damit besonders effektiv für die

Verbreitung des Virus sorgten. (NDR-Info, 6.1.21)

Inzwischen hat die Mehrheit der *Ständigen Heiligen Synode der Orthodoxen Kirche* Griechenlands jedoch unter dem Druck der Öffentlichkeit „hingelernt“ und nun sogar gegen zwei besonders renitente Bischöfe Untersuchungen eingeleitet, weil diese massiv gegen Corona-Schutzvorschriften verstoßen haben. Metropolit Kosmas von Ätolien sprach sich mehrmals gegen das Tragen von Masken in der Kirche aus, da Gott niemals zulassen würde, dass man sich in einem Gotteshaus anstecke. Metropolit Seraphim von Kythera rief die Bevölkerung dazu auf, sich nicht impfen zu lassen. Die Impfstoffe seien „ein Produkt von Abtreibungen“, außerdem solle damit die Menschheit manipuliert werden, so der Bischof in Anlehnung an diverse Verschwörungstheorien. Einige Äußerungen brachten dem Metropoliten von Kythera schon im März 2020 eine Strafverfolgung durch die staatliche Justiz ein. Damals wurde er sogar kurzfristig inhaftiert, weil er den strengen Lockdown-Anordnungen der Behörden nicht Folge leistete, eine Kirche offenhielt und einen öffentlichen Gottesdienst feierte.

Da ein Teil der Öffentlichkeit über die geistlichen Eskapaden ungehalten reagierte und die *Heilige Synode* einen Ansehensverlust befürchtet, droht den beiden Extremisten nun sogar ein innerkirchliches Verfahren. (*Orthodox Times*, 27.8.21)

Großbritannien

(5544) **London.** Die katholischen Bischöfe von England und Wales starteten eine neuntägige Gebetsoffensive, damit ein Gesetzesentwurf zur Lockerung des Verbots der aktiven Sterbehilfe abgelehnt wird. Dem britischen Oberhaus wurde nämlich ein Gesetzesvorschlag zur Beratung vorgelegt, der es erlauben soll, dass schwerkranke, willensfähige Erwachsene mit einer prognostizierten Restlebenszeit von höchstens sechs Monaten unter der Zustimmung von zwei Ärzten sowie einem Richter aktive Sterbehilfe in Anspruch nehmen.

Obwohl es gläubigen Christen freisteht, auf eine solche Option zu verzichten, und sie folglich davon gar nicht betroffen sind, rufen die Bischöfe „die Katholiken und alle, die unsere Ansicht teilen, dass Sterbehilfe falsch ist, dazu auf, mit Ausdauer dafür zu beten, dass dieser Gesetzentwurf abgelehnt wird“.

Zwar hat der von Baronin Meacher ins Oberhaus eingebrachte Gesetzesentwurf nur geringe Chancen auf baldige Realisierung, doch löste der katholische Klerus allgemeines Befremden aus mit seiner Absicht, Andersdenkenden zu verbieten, ihre Lebensauffassung zu verwirklichen. (*Vatican News*, 13.10.21)

Italien

(5545) **Rom.** Nach monatelangen Debatten ist das Anti-Homophobiegesetz, das im Parlament schon Ende 2020 angenommen wurde, bei der Abstimmung im italienischen Senat gescheitert. Vor allem die rechtsgerichtete Partei *Lega Nord* und die neofaschistischen *Fratelli d'Italia* lehnten es ab, mitverantwortlich war aber auch die katholische

Kirche Italiens, die sich wegen angeblicher „Auslegungsprobleme“ gegen das Gesetz positioniert hatte.

Geplant war, diskriminierende Handlungen und Aufrufe zur Gewalt gegen Homosexuelle, Lesben, Trans- und Bisexuelle sowie Menschen mit Behinderung zu ahnden. Homophobie wäre im italienischen Strafgesetzbuch Rassismus gleichgestellt worden, bei Verstößen hätten Freiheitsstrafen gedroht.

Enrico Letta, Vorsitzender des sozialdemokratischen *Partito Democratico*, zeigte sich nach dem Abstimmungsergebnis enttäuscht: „Italien hat sich auf eine Linie mit Polen und Ungarn gestellt“. Außenminister Luigi di Maio von der Fünf-Sterne-Bewegung nannte das Ergebnis eine „Schande“ und beklagte, Homosexuelle würden in Italien nach wie vor diskriminiert. Ex-Innenminister Matteo Salvini (Lega) begrüßte hingegen das Ergebnis. Für die größte Empörung hatte gesorgt, dass sich der Vatikan mit einer Verbalnote an die italienische Botschaft beim Heiligen Stuhl direkt in einen inneritalienischen Konflikt eingemischt und das Gesetz kritisiert hatte.

Über ein entsprechendes Vorhaben kann nun erst frühestens in einem halben Jahr wieder beraten werden. (*kathpress*, 28.10.21)

Österreich

(5546) **Wien.** Die österreichische Regierung hat sich auf eine gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe geeinigt. Wer Beihilfe zum Suizid in Anspruch nehmen will, kann ab 2022 eine Sterbeverfügung erstellen – also eine schriftliche Erklärung ähnlich der Patientenverfügung. Der Zugang ist auf dauerhaft schwerkranke oder unheil-

bar kranke erwachsene Personen beschränkt. In Apotheken wird – anders als bisher in Deutschland – ein den Tod herbeiführendes Präparat erhältlich sein. Die „Tötung auf Verlangen“ wird in dem Entwurf nicht ausdrücklich ausgeschlossen, begleitend kommt aber ein Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung.

Der in der österreichischen Bischofskonferenz für Lebensschutzfragen zuständige Innsbrucker Bischof Glettler sagte, die katholische Kirche werde sich (wie andere Religionsgemeinschaften auch) weiterhin für jede Form von „Assistenz zum Leben“ einsetzen, und „am klaren Nein zu jeder Form der Beihilfe zur Selbsttötung festhalten – trotz der gesetzlichen Straffreistellung“. Zu begrüßen sei, dass die Beihilfe zum Suizid nicht als ärztliche Leistung eingestuft werde.

Im Dezember 2020 hatte der österreichische Verfassungsgerichtshof verkündet, dass das Verbot jeglicher Art der Hilfe zur Selbsttötung verfassungswidrig ist. Das Parlament wurde beauftragt, bis Ende 2021 eine Neuregelung zu schaffen. Andernfalls wäre ab 1.1.2022 jede Form der Beihilfe zum Suizid straffrei gewesen. (*kathpress*, 23.10.21)

Polen

(5547) **Warschau.** Selbst in Polen setzen sich klerikale Kräfte nicht immer vor Gericht durch. Adam Darski, Sänger und Gründungsmitglied der polnischen Metalband *Behemoth*, war wegen Blasphemie angeklagt und im Februar 2021 zu einer Geldstrafe von umgerechnet ca. 3300 Euro verurteilt worden, weil er 2019 auf einem Bild der Jungfrau Maria gestanden hatte. Nun wurde er in der Berufungsverhandlung

freigesprochen, was seine Anhänger als Sieg der Meinungsfreiheit über Artikel 196 des polnischen Strafgesetzbuchs feiern, der Geld- und Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren für die Verletzung religiöser Gefühle vorsieht.

Darski tritt seit vielen Jahren für die Trennung von Staat und Kirche ein und äußert sich provokativ zum Machtanspruch des katholischen Klerus. Seine Songs und Videos enthalten viele ironisch-christliche Anspielungen und tragen Bezeichnungen wie *In Absentia Dei* (In Abwesenheit Gottes) oder *Ora Pro Nobis Lucifer* (Bete für uns, Luzifer). Daher klagten immer wieder katholische Organisationen oder einzelne Fundamentalisten wegen angeblich verletzter religiöser Gefühle – fast immer vergeblich. (*Humanistischer Pressedienst*, 14.10.21)

(5548) **Pszczyna**. Nach dem Tod einer Schwangeren haben mehrere zehntausend in zahlreichen Städten des Landes gegen das fast vollständige Verbot von Abtreibungen protestiert. Im südpolnischen Krakau versammelten sie sich auf dem Hauptplatz und zogen zur Residenz des Erzbischofs und einem Büro der nationalkonservativen Regierungspartei PiS. Auch Oppositionsparteien machen das restriktive Abtreibungsgesetz für den Tod einer Frau Ende September in der 22. Schwangerschaftswoche in einer Klinik der südpolnischen Kreisstadt Pszczyna mitverantwortlich.

Nach Angaben der Anwältin der Familie hatten die Krankenhausärzte nicht gewagt, das Leben der Frau durch einen Schwangerschaftsabbruch zu retten. Die Frau soll an einem septischen

Schock gestorben sein. Bei dem ungebohrenen Kind waren zuvor Fehlbildungen diagnostiziert worden.

Das Verfassungsgericht in Polen hatte im Oktober 2020 das Abtreibungsverbot verschärft. Seither ist Abtreibung in Polen generell verboten und nur dann – bis zur 12. Schwangerschaftswoche – straffrei, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist oder wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist. (KNA, 8.11.21)

Russland

(5549) **Moskau**. Putin setzt immer stärker auf eine engstmögliche Verbindung des russischen Staates (und seiner persönlichen Macht) mit der russisch-orthodoxen Kirche. Nun verlieh er deren Oberhaupt, Patriarch Kyrill I., anlässlich dessen 75. Geburtstags die höchste staatliche Auszeichnung Russlands, den Orden des heiligen Apostels Andreas.

In kurzen Ansprachen würdigten sie sich bei der Zeremonie gegenseitig überschwänglich. Der Patriarch kümmere sich mit ganzem Herzen um „das Wichtigste: unseren Glauben, unsere spirituellen Grundlagen, unsere Grundwerte“, sagte Putin nach Angaben des Kremls. „Sie haben für sich den Weg des spirituellen und moralischen Dienstes gewählt, und Sie gehen ihn mit Würde, Weisheit und einem tiefen Verständnis der Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes, für das Schicksal Russlands.“ Dass die Stimme der Kirche heute wieder an Bedeutung gewonnen habe, sei größtenteils das Ergebnis der persönlichen und unerermüdlichen Arbeit Kyrills I.

Das Kirchenoberhaupt dankte Putin für dessen „Aufmerksamkeit für das spirituelle Leben der Menschen, für Ihr Verhältnis zwischen Politik und Moral“ sowie dafür, dass er Russland nicht nur auf dem Gesetz, sondern auch auf Wahrheit aufbaue. Er fügte hinzu: „Wir sind frei, wir sind unabhängig, wir haben unsere Kultur bewahrt, wir haben unseren Glauben bewahrt.“ (*kathpress*, 20.11.21)

San Marino

(5550) **San Marino Città.** Die älteste Republik der Welt hebt das strikte Abtreibungsverbot auf, das keinerlei Ausnahmen vorsah, nicht einmal bei Vergewaltigungen. In einer historischen Volksabstimmung votierten 77,3 Prozent für eine Streichung der Strafgesetzbuch-Artikel 153 und 154 aus dem Jahr 1865. Demnach wurden Schwangerschaftsabbrüche bisher mit drei bis sechs Jahren Haft bestraft.

Die Debatte wurde mit drastischen Mitteln geführt. Die Abtreibungsgegner, unterstützt von der katholischen Kirche, plakatierten in den Straßen Bilder blutender Föten mit dem Slogan „Mit zwölf Wochen bin ich schon ein Kind. Rette mich, stimme mit Nein!“ Die Plakate der Befürwortenden, angeführt von der *Unione Donne Sammarinesi*, wurden abgerissen oder mit Kommentaren wie „Mörderinnen“ oder „Terroristinnen“ übermalt. Am Abstimmungssonntag läuteten die Glocken stundenlang, um die Gläubigen noch einmal zu ermahnen. Daher wurde ein knappes Ergebnis erwartet. Dass es so deutlich ausfiel, wird mit der Teilnahme ungewein vieler junger Menschen und der im italienischen Ausland lebenden Sammarinesi erklärt. (*Süddeutsche Zeitung*, 28.9.21)

Schweiz

(5551) **Bern.** 64,1 Prozent der Schweizer Wahlberechtigten haben für eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches gestimmt. Mit der „Ehe für alle“ steht somit künftig allen Paaren unabhängig vom Geschlecht oder der sexuellen Orientierung die zivile Ehe offen. Zudem wird homosexuellen Paaren die gemeinsame Adoption von Kindern ermöglicht, und verheiratete Frauenpaare erhalten Zugang zur Samenspende.

Die Änderung fand in allen 26 Kantonen eine Mehrheit. Am deutlichsten war die Zustimmung im überwiegend konfessionsfreien Kanton Basel-Stadt mit 74 Prozent. Am knappsten wurde es im katholisch-geprägten Appenzell-Innerrhoden mit 50,8 Prozent Ja-Stimmen.

Die katholischen Bischöfe in der Schweiz lehnten die Einführung der „Ehe für alle“ ab, doch widersprachen dem zahlreiche bekannte Schweizer Katholiken und katholische Organisationen, so etwa der Schweizerische Katholische Frauenbund.

Beifall für das Ergebnis der Abstimmung kam von Europarats-Menschenrechtskommissarin Dunja Mijatovic. Eine Mehrheit von 30 europäischen Staaten erkenne inzwischen in Übereinstimmung mit dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof homosexuelle Paare an. Die Kommissarin rief die übrigen 17 Europarats-Mitgliedstaaten auf, „ihre Rechtsvorschriften anzupassen und allen Paaren unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung denselben gesetzlichen Schutz zu gewähren“. (*KNA*, 26.9.21; *kath.ch*, 27.9.21)

Ungarn

(5552) **Budapest.** Am Eucharistischen Weltkongress, der alle vier Jahre an wechselnden Orten stattfindet und als größte Massenveranstaltung der katholischen Kirche gilt, nahm neben dem Papst auch der ungarische Ministerpräsident Orban teil, der auf die besonders konservativen und demokratieskeptischen Katholiken seines Landes zählt. Beim und nach dem persönlichen Treffen der beiden Staatsmänner ging es unter anderem um den wachsenden Antisemitismus, der in Ungarn maßgeblich von Christen getragen wird, von dem sich aber der Papst vorsichtig distanzierte. Zwei Drittel der knapp zehn Millionen Einwohner sind katholisch getauft, weitere 300.000 Mitglieder der griechisch-katholischen Kirche erkennen den Papst als Oberhaupt an. (*Süddeutsche Zeitung*, 13.9.21)

Vatikan

(5553) **Vatikanstadt.** Aus der Jahresstatistik des vatikanischen Informationsdienstes *Fides* geht hervor, dass die Zahl der Katholiken 2019 europaweit um 292.000 gesunken sein soll. Allerdings sind nach Auffassung des Vatikan alle katholisch Getauften lebenslang Katholiken, auch die Ausgetretenen, die als „abtrünnige Katholiken“ gelten. Daher ist der reale Rückgang weit höher; allein in Deutschland liegt er bei 402.000. Viel aussagekräftiger ist daher das Minus bei den Priestern. Trotz der Importe aus Indien und Afrika ging deren Zahl um 2608 (=1,5%) zurück. (*Vatican News*, 21.10.21)

(5554) **Rom.** Der Präsident der Päpstlichen Kinderschutzkommission, Kardinal O'Malley, sieht innerhalb der katholischen Kirche noch lange kein Ende der Missbrauchskrise, „die sich weltweit in der Kirche weiter ausweitete“.

Er forderte leicht zugängliche und transparente Verfahren, um Fälle sexualisierter Gewalt zu melden – auch online. Weiter mahnte der Bostoner Kardinal bewährte Maßnahmen zum Kinderschutz sowie Kontrollen ihrer Umsetzung an. Vor allem müssten Opfer sexualisierter Gewalt gehört werden müssen: „Tragischerweise haben wir zu oft Überlebende nicht gehört, wenn sie über kriminelle Handlungen und Sünden sowie erfahrene Gewalt berichteten, die sie erleben mussten.“ Noch so strikte Regeln und gute Programme reichten nicht, wenn es keine unabhängigen Kontrollen der Umsetzung gebe. Transparenz und verantwortungsvolle Kommunikation seien elementar. „In einigen Ländern herrscht die Annahme, dass Kinder in (kirchlichen) Gemeinde-Einrichtungen oder bei Freizeitaktivitäten nicht gefährdet seien. Dies kann ein falsches Sicherheitsgefühl schaffen, das Kinder und Jugendliche dem Risiko sexualisierter Gewalt aussetzt.“ Innerhalb der Kirche gebe es nur extrem wenige, „wenn nicht sogar gar keine Bereiche“, in denen es keinen Missbrauch gegeben habe, so Kardinal O'Malley. (*Vatican News*, 4.11.21)

Vereinigte Staaten

(5555) **Austin.** Ein US-Bundesrichter hat das umstrittene texanische Abtreibungsgesetz vorübergehend ausgesetzt. Es müssten zunächst andere Gerichte ihre Entscheidung zu dem Gesetz treffen.

Die US-Regierung hatte zuvor Klage gegen das neue und landesweit strikteste Abtreibungsgesetz in Texas eingereicht. Dieses verbietet alle Abtreibungen ab der sechsten Schwangerschaftswoche, auch nach Vergewaltigung und Inzest. Ausnahmen sind nur für „medizinische Notfälle“ vorgesehen. Justizminister Garland hält das Gesetz für verfassungswidrig, da es Frauen an der Ausübung ihrer Rechte hindere. Zudem habe es hohes Schadenpotenzial, da es beliebigen Privatpersonen und Organisationen erlaube, Menschen wegen Beihilfe zur Abtreibung zu verklagen. Im Erfolgsfall sollen Kläger Anspruch auf mindestens 10.000 Dollar haben. Garland kritisiert, auf diese Art würden Privatpersonen zu „Kopfgeldjägern“ gemacht. Ein Bundesrichter solle das Gesetz für ungültig erklären und die Durchsetzung verbieten.

Der Erzbischof von Washington, Kardinal Gregory, kritisierte hingegen den US-Präsidenten Biden für seine Haltung in der Abtreibungsfrage, weil er in dieser Frage „nicht die katholische Lehre“ vertrete. Der Kardinal bezog sich dabei auf Bidens Reaktion nach dem Urteil des Obersten US-Gerichts, in dem die Richter mit 5:4-Mehrheit davon absahen, das Abtreibungsgesetz von Texas noch vor seinem Inkrafttreten zu stoppen. Der Präsident sieht darin einen Angriff auf das Grundsatzurteil

„Roe gegen Wade“ von 1973, das Schwangerschaftsabbrüche zur Privatsache erklärt hatte. Er respektiere diejenigen, „die glauben, dass das Leben im Moment der Empfängnis beginnt“, stimme dem aber nicht zu und bleibe ein „starker Befürworter“ des Grundsatzurteils, erklärte Biden. (*kathpress/KNA*, 7.10.21; *Süddeutsche Zeitung*, 8.10.21)

Lateinamerika

Chile

(5556) **Santiago.** Nach diversen lateinamerikanischen Staaten hat nun auch Chiles Abgeordnetenkammer den Weg zu einer Liberalisierung der Abtreibung eingeschlagen. Schwangerschaftsabbrüche sollen bis zur 14. Woche straffrei werden.

Die erste Abstimmung fiel mit 75 zu 68 Stimmen bei zwei Enthaltungen allerdings knapp aus. Nach vierstündiger Debatte entschied das Parlament, das Vorhaben der Kommission für Frauen und Geschlechtergleichheit zu übertragen, die nun weiter über das praktische Vorgehen befinden muss. Entscheidend wird die spätere Abstimmung im konservativ geprägten Senat werden.

Es habe keinen Sinn, Frauen zu kriminalisieren, die sich aus verschiedenen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, sagte die nichtreligiöse Abgeordnete Karol Cariola. Die Kriminalisierung zwingt die Frauen zu illegalem Handeln; es sei nicht hinnehmbar, dass Frauen experimentieren müssten.

Bis vor wenigen Jahren gab es in Chile noch ein striktes Abtreibungsverbot. Vor vier Jahren setzte die Regierung der damaligen Präsidentin und heutigen UNO-

Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet eine Gesetzesänderung durch, die Abtreibungen nach einer Vergewaltigung, bei Lebensgefahr für die Mutter oder tödlichen Erkrankungen des Fötus erlaubt. (KNA, 29.9.21)

El Salvador

(5557) **San Salvador.** Mit 73 zu 84 Stimmen haben die Abgeordneten in El Salvador einen von Frauenrechtsorganisationen eingebrachten Antrag zur Reform des Paragraphen 133 des Strafgesetzbuches und somit die Entkriminalisierung von Abtreibung abgelehnt. Erst im Juni hatte eine extreme Folge des strikten Abtreibungsverbot für weltweite Empörung gesorgt. Eine junge Frau, deren Schwangerschaft durch einen Sturz endete, war nach fast zehn Jahren Haft freigelassen worden. Sie war wegen vermuteter Abtreibung zu 30 Jahren Haft verurteilt worden. (*Humanistischer Pressedienst*, 29.10.21)

Die Antragstellerinnen waren durch die Liberalisierung in diversen Nachbarländern zu ihrem Schritt ermutigt worden. Laut einer Analyse der *Washington Post* wurden in den 53 Ländern, die seit 1994 ihre Abtreibungsgesetze bedeutend veränderten, diese nur in drei Staaten restriktiver: Nicaragua, Polen und El Salvador. (*Washington Post*, 22.10.21)

Afrika

Nigeria

(5558) **Kano.** Der muslimische Kleriker Abduljabbar Nasuru Kabara wurde wegen angeblicher Blasphemie

im nordnigerianischen Kano vor ein Scharia-Gericht gestellt, das sogar die Todesstrafe aussprechen kann. Im Juli hatte es eine Diskussion zwischen Kabara und anderen religiösen Gelehrten gegeben, bei der einzelne Aussagen Kabaras als blasphemisch ausgelegt wurden.

Besonders im nördlichen Bundesstaat Kano finden immer wieder Prozesse mit fragwürdigen Blasphemie-Vorwürfen statt. So wurde 2020 sogar ein 13-jähriger der Gotteslästerung bezichtigt. Auch der Präsident der nigerianischen *Humanistischen Vereinigung*, Mubarak Bala, wurde dort vor Gericht gestellt. (*Humanistischer Pressedienst*, 11.11.21)

Asien

Irak

(5559) **Bagdad.** Nach dem offiziellen Sieg des schiitischen, aber auf Distanz zum Iran gehenden Klerikers Muktada al-Sadr bei den Parlamentswahlen bahnt sich ein Konflikt mit der vom Iran unterstützten Fatah-Koalition an, die deutlich verloren hat. Neben der sunnitischen Minderheit gewannen auch religiös unabhängige Reformparteien einige Sitze, doch schätzen Beobachter die Chancen für eine säkulare demokratische Struktur nach wie vor als gering ein. (*Süddeutsche Zeitung*, 13.10.21)

Israel

(5560) **Jerusalem.** Für Empörung bei säkularen Juden sorgte die Supermarktkette *Shufersal*, die über eine kaum bekannte Neben-Website

viele koschere Lebensmittel deutlich billiger anbot als über die offizielle – aber damit ausschließlich die streng religiöse Zielgruppe ansprach. Der Grund: Die Ultra-Orthodoxen machten noch 1980 nur vier Prozent der Gesamtbevölkerung aus, heute aber zwölf und werden wegen ihrer hohen Geburtenrate weiter wachsen.

Wütende Stammkunden forderten eine Rückzahlung, Verbraucherschützer rieten zum Boykott von *Shufersal*. Säkulare Politiker und Anwälte reichten Klage ein wegen Diskriminierung der weniger frommen Kundschaft, die sich ohnehin schon benachteiligt sieht wegen der Befreiung der „Gottesfürchtigen“ vom Wehrdienst und wegen der staatlichen Subventionierung des Thora-Studiums.

Nach wenigen Tagen knickte die Unternehmensleitung ein und schloss die Website für die Ultraorthodoxen. Ruhe kehrte dennoch nicht ein; schließlich wissen nun alle, dass man die Waren auch viel billiger verkaufen könnte. (*Süddeutsche Zeitung*, 9.11.21)

Pakistan

(5561) **Lahore.** Menschenrechtsorganisationen in Pakistan berichten von einem Rekordanstieg bei Zwangskonversionen, von denen vor allem junge Christinnen oder Hinduistinnen betroffen sind. Demnach seien bis Mitte Oktober dieses Jahres 36 minderjährige, nicht-muslimische Mädchen entführt und zum Islam konvertiert worden. Das entspreche fast einer Verdopplung gegenüber 2020, teilten das *Zentrum für soziale Gerechtigkeit* (CSJ) und die *Volkskommission für die Rechte von Minderheiten* (PCMR) in Lahore mit. Vor allem in der Stadt

Faisalabad in der Provinz Punjab liege ein Schwerpunkt der Entführungen.

Zwar richtete Premierminister Imran Khan 2019 einen parlamentarischen Ausschuss zum Schutz von Minderheiten vor Zwangsbekehrung ein, eben dieses Gremium lehnte jedoch jüngst einen Gesetzesentwurf gegen Zwangskonversionen ab. 94 Prozent der Einwohner sind sunnitische Muslime. (*Vatican News*, 19.10.21)

(5562) **Islamabad.** Die verbotene, fanatisch-islamische Partei *Tehreek-e-Labiak* (TLP) sucht die Kraftprobe mit der Regierung. Mit einem Marsch von Hunderttausenden von Anhängern auf die Hauptstadt Islamabad will sie die Freilassung ihres inhaftierten Vorsitzenden Saad Rizvi erzwingen. Zwar kam die TLP bei Parlamentswahlen bisher nie auf nennenswerte Stimmenanteile, aber die Mobilisierungsbereitschaft ihrer Anhänger ist ungemein groß. Programmatisch versteht sich die Partei als Schutzmacht muslimischer Werte und verteidigt vehement das international kritisierte Blasphemiegesetz. (*Süddeutsche Zeitung*, 25.10.21)

Gut einen Monat später knickte die Regierung völlig ein und hob das Verbot der zuvor als terroristisch eingestuften Partei auf. Diese versprach im Gegenzug, auf gewalttätige Aktionen (vorerst) zu verzichten. Gleichzeitig wurde im Parlament ein Antrag der zuvor verbotenen Partei zugelassen. Eine Entschärfung des in Pakistan besonders extremen Blasphemieparagraphen ist damit für längere Zeit ausgeschlossen. (*Humanistischer Pressedienst*, 29.11.21)

Ozeanien

Australien

(5563) **Brisbane.** Nachdem in den drei Bundesstaaten Victoria, Westaustralien und Südastralien die Möglichkeit zur Suizidbeihilfe für Todkranke bereits Gesetz ist, stehen nun auch in Queensland, New South Wales sowie in Tasmanien entsprechende Gesetzesentwürfe auf der Tagesordnung des Parlaments.

In Queensland hat eine unabhängige Reformkommission im Auftrag der Labour-Regierung bereits einen Gesetzentwurf erarbeitet. Demnach sollen Personen ab 18 Jahren ein Recht auf assistierten Suizid bekommen, wenn bei ihnen von einem Arzt eine fortgeschrittene unheilbare Krankheit oder ein neurodegenerativer Zustand diagnostiziert wurde und der Patient im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist.

Die katholischen Bischöfe in Queensland haben unterdessen den 17. Oktober zum ersten Aktionstag gegen Sterbehilfe erklärt und wollen weitere Protestaktionen folgen lassen. Die vatikanische Glaubenskongregation hatte erst im Jahr 2020 ein päpstliches Schreiben zum Thema Lebensende veröffentlicht, das für Palliativmedizin statt Sterbehilfe wirbt. Hintergrund des Schreibens war laut Vatikan die Sorge vor immer liberaler werdenden Bestimmungen bei assistiertem Suizid in Australien, aber auch in anderen Ländern der westlichen Welt. (*Vatican News*, 14.10.21)

(5564) **Perth.** Immer mehr australische Bundesstaaten verpflichten Priester per Gesetz zur Mithilfe bei

der Aufklärung von Missbrauchsfällen und anderen Verbrechen, auch wenn religiöse Vorschriften dem entgegenstehen. Nach Südastralien, Victoria, Tasmanien, dem Stadtstaat Canberra und zuletzt im Juli Queensland hat nun auch Westaustralien ein solches Gesetz beschlossen – gegen den erbitterten Widerstand des Erzbischofs von Perth, der durch den „Bruch des Beichtgeheimnisses“ eine „wesentliche Dimension der Ausübung des katholischen Glaubens durch Priester kriminalisiert“ sieht. Nichtkatholische Politiker wiesen dies zurück und betonten, dass das Verschweigen einer Mitwisserschaft bei einem Verbrechen schon immer ein strafbares Vergehen war und Katholiken keine Ausnahme für sich reklamieren könnten.

Die Abschaffung des Beichtgeheimnisses war eine der 189 Empfehlungen, die die staatliche Missbrauchskommission in ihrem 2017 vorgelegten Abschlussbericht zum verbesserten Schutz von Kindern vor Missbrauch unterbreitet hatte. Zuvor hatten bereits Politiker aller Parteien die Abschaffung des Beichtgeheimnisses gefordert, darunter auch der damalige katholische Oppositionsführer und ehemalige Premierminister Tony Abbott. (*KNA*, 22.10.21)

Vereinte Nationen

(5565) **New York.** Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit wird in fast der Hälfte aller Staaten stark eingeschränkt. In 99 Staaten sind derzeit Gesetze in Kraft, die einen Religionswechsel oder einen Abfall vom Glauben bestrafen, insbesonde-

re wenn dies durch Propaganda oder Werbung andersdenkender Gruppen geschieht. In zwölf mehrheitlich muslimisch geprägten Staaten (Afghanistan, Iran, Malaysia, Malediven, Mauretanien, Nigeria, Katar, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Vereinigte Arabische Emirate und Jemen) ist es rechtlich sogar möglich, Übertritte oder Glaubensabfall mit der Todesstrafe zu ahnden. In christlich dominierten Staaten sind direkte Strafandrohungen außerhalb Afrikas selten, doch wird oft sozialer Druck ausgeübt, um Menschen am Verlassen einer Religionsgemeinschaft zu hindern. Menschenrechtsgruppen verweisen in diesem Zusammenhang auf

Artikel 18 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (UN-Charta), wo es u.a. heißt: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung und Kulthandlungen zu bekennen“. (UN-Fachausschussbericht zur Religionsfreiheit, undatiert; *Vatican News*, 19.10.21)

Spendenaufruf

DEVI e.V., der „Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung“, betreibt diverse Projekte zur Förderung demokratischen Denkens im schulischen Raum. Während es für den Bereich der Rechtsextremismus-Prävention öffentliche Mittel gibt, erhielten die „Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung“ und andere Projekte zum Thema beim DEVI e.V. bei Redaktionsschluss keine öffentliche Förderung. Um die notwendigen Strukturen für mögliche Projektstarts zum Sommer 2022 aufrechterhalten zu können, diese vorzubereiten und weiterhin für die Schulen ansprechbar zu sein, benötigt der Verein eine Summe von 25.000 Euro.

Da die MIZ-Redaktion die Dokumentationsstelle konfrontativer Religionsbekundungen für eine wichtige Aufgabe hält, hat sie sich entschieden, den Spendenaufruf von DEVI e.V. zu veröffentlichen. DEVI e.V. kann Spendenquittungen ausstellen.

Die Kontoverbindung:

DEVI e.V. - Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung

GLS Bank

IBAN DE56430609671147817300

BIC GENODEM1GLS



Impressum

MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit

Politisches Magazin für Konfessionslose
und AtheistINNeN

ISSN 0170-6748

Redaktion: Christoph Lammers (v.i.S.d.P.), Nicole Thies, Daniela Wakonigg, Frank Welker

Ständige Mitarbeiter/innen: Petra Bruns, Colin Goldner, Gerhard Rampp, Michael Schröter

Anschrift der Redaktion: MIZ-Redaktion,
Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560, Fax (06021) 62 62 569
redaktion@miz-online.de
www.miz-online.de

Meldungen für die Internationale Rundschau an:
Gerhard Rampp, rundschau@miz-online.de

Herausgeber: Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA e.V.), Limburger Str. 55, 53919 Weilerswist.

Verlag: Alibri Verlag GmbH

Druck: Druckhaus Stil, Stuttgart

Nachdruck und Vervielfältigung: Auch auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion und vollständiger Angabe von Nr./Jahr und Nennung des ungekürzten Titels dieser Zeitschrift.

LeserInnenbriefe sollten als solche gekennzeichnet werden; sie erscheinen außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Kürzungen bleiben vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Manuskripte: Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Illustrationen und Datenträger keine Haftung. Sie werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Erscheinungsweise: vierteljährlich, jeweils April, Juli, Oktober und Januar.

Preis des Einzelheftes: Euro 5.- zuzüglich Porto.

Bezugspreis im Abonnement: Euro 18 (Inland), Euro 22 (Ausland), jeweils inkl. Porto u. Verpackung. Ein Abonnement umfasst vier Hefte; nach Ablauf verlängert es sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht vier Wochen nach Erscheinen der letzten im Abonnement enthaltenen Nummer schriftlich beim Alibri Verlag gekündigt wird. Für Mitglieder des IBKA ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

MIZ-Abonnement und Einzelbestellungen an:

Alibri, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg

Bankverbindung: Alibri Verlag GmbH, Sparkasse Aschaffenburg, Konto 1129 7868, (BLZ 795 500 00)

Frühere MIZ-Ausgaben

Viele ältere Nummern der MIZ sind noch lieferbar. Ob Sie nun die MIZ kennenlernen wollen, ihre Sammlung komplettieren oder einfach mal reinschauen, wie die Zeitschrift vor zehn oder zwanzig Jahren ausgesehen hat – Sie können sowohl einzelne Ausgaben als auch sortierte Pakete nachbestellen.

MIZ 3/21 Schwerpunktthema Zersplitterter Universalismus; außerdem: Idee eines Neutralitätsgesetzes * Interview zu Joseph Beuys

MIZ 2/21 Schwerpunktthema Neutralität am Zug; außerdem: Zeitkern der Aufklärung * Rassismus gegen Frauen? * Himmlische Suche

MIZ 1/21 Schwerpunktthema Zukunftsperspektiven der MIZ; außerdem: Kirchen austritt in der Pandemie * Bundestagsdebatte um Ablösung der Staatsleistungen

MIZ 4/20 Schwerpunktthema Kulturkampf – Relikt von vor 150 Jahren?; außerdem: Warum Silvester 2015 auf die Tagesordnung muss * Interview mit Cinzia Sciuto

MIZ 3/20 Schwerpunktthema 30 Jahre ohne Mauer; außerdem: Unfreiheit, Ungleichheit, Brüderlichkeit * Atheisten in Nigeria

MIZ 2/20 Schwerpunktthema Die Pandemie und der Glaube; außerdem: Mehr Militärseelsorge * Wie die „Neue Rechte“ auf „den Islam“ blickt

MIZ 1/20 Schwerpunktthema Bühne Kulturpolitik; außerdem: 100 Jahre Weltliche Schule * Evangelikale in Bremen * Istanbul-Konvention für alle

MIZ 4/19 Schwerpunktthema Auf den Spuren der Aufklärung; außerdem: Religiöse Speisevorschriften * Missbrauch mit dem Missbrauch * Beispielhafte Laizität in Quebec

MIZ 3/19 Schwerpunktthema Alltag, Religion und Kirche in der DDR; außerdem: Gilead ist überall – Margaret Atwoods Religionskritik * Hexenjagen in Ghana

MIZ 2/19 Schwerpunktthema Kirchentage – Ketzertage – Humanistentage; außerdem: Bündnis altrechtliche Staatsleistungen abschaffen * Rückblick auf die Buskampagne

MIZ 1/19 Schwerpunktthema Internationale Unterstützung für bengalische Blogger; außerdem: Ist das syrische Regime wirklich säkular? * Querfront gegen Säkularismus * Interview mit Kristina Hänel

MIZ 4/18 Schwerpunktthema 100 Jahre Waldorfschule; außerdem: Berliner Neutralitätsgesetz * Trennung von Staat und Kirche in Griechenland * Iran 40 Jahre nach der „Islamischen Revolution“

Einzelheft Euro 5.- (ab 1/14)



Theodor Much / Edmund Berndt

Geschäfte mit dem Nichts

Risiko Scheinmedizin

Mit Beiträgen von Edzard Ernst

166 Seiten, kartoniert, Euro 14.-

ISBN 978-3-86569-339-6

In Europa galt bis zur Aufklärung als sicher, dass „geistige“ Kräfte für das Leben und für die Gesundheit entscheidend seien. Mit dem wachsenden Wissen über körperliche Prozesse wurde solchen Konzepten eigentlich die Grundlage entzogen. Doch die falschen Vorstellungen von Gesundsein und Krankwerden verschwanden nicht mit ihrer Widerlegung, sondern lebten in der Medizin, insbesondere aber in der Alternativmedizin, fort. *Geschäfte mit dem Nichts* entschleiern die falschen Konzepte alternativmedizinischer Ansätze.

Mit freundlicher Empfehlung

Bund für Geistesfreiheit
Augsburg



Aktion:

Der bfg Augsburg übernimmt die Kirchengeldgebühr für Schüler, Studenten und Geringverdiener in Bayern. - info@bfg-augsburg.org

Alibri

Forum für Utopie und Skepsis • www.alibri.de
Postfach 100 361 • 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560 • [eMail verlag@alibri.de](mailto:verlag@alibri.de)